

avenir suisse

Unverantwortlich?

*Rolle und Wahrnehmung des
Schweizer Unternehmertums
in Zeiten des Umbruchs*

*Marco Salvi zusammen mit
Peter Grünenfelder, Lukas Rühli, Patrick Dümmler,
Samuel Rutz, Valérie Müller, Céline Neuenschwander
und Matthias Ammann*

avenir suisse

Unverantwortlich?

Rolle und Wahrnehmung des Schweizer Unternehmertums in Zeiten des Umbruchs

Marco Salvi zusammen mit

*Peter Grünenfelder, Lukas Rühli, Patrick Dümmler,
Samuel Rutz, Valérie Müller, Céline Neuenschwander
und Matthias Ammann*

Die Moral ist ein Einbruchswerkzeug,
welches den Vorteil hat, dass es nie am
Tatort zurückgelassen wird.

Karl Kraus, Publizist

Herausgeber	Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch
Autoren und Autorinnen	Marco Salvi zusammen mit Peter Grünenfelder, Lukas Rühli, Patrick Dümmler, Samuel Rutz, Valérie Müller, Céline Neuenschwander und Matthias Ammann
Internes Lektorat	Verena Parzer-Epp
Konzept und Gestaltung	Carmen Sopi
Druck	Bubu AG, www.bubu.ch
Bilder	Quelle unsplash.com . S. 9 Ula Kuzma, S. 20 Adi Goldstein, S. 30 Pat Whelen, S. 40 Silvia Brazzoduro, S. 50 Omer Rana, S. 60 Ramon Kagie, S. 72 Ricardo Gomez Angel

© Oktober 2020 Avenir Suisse, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Grafiken dieses Werks durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

Bestellen assistent@avenir-suisse.ch, Tel. 044 445 90 00

Download

www.avenir-suisse.ch/publication/wahrnehmung-des-schweizer-unternehmertums/

Vorwort

Schweizer Unternehmen, von den einen als Sinnbild von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft und als attraktive Arbeitgeber für Millionen von Werktätigen geachtet, von den anderen kritisiert für ihre Profitorientierung und verantwortlich gemacht für alles vermeintliche Übel dieser Welt – neuerdings für die Klimakrise und Covid-19. Eigentlich wäre ihre ökonomische und soziale Integrationskraft, nebst ihrer immensen Wertschöpfung, unbestritten, doch die öffentliche, politische und mediale Wahrnehmung differiert. Um den Ruf der Wirtschaft ist es in Teilen unserer Gesellschaft nicht zum Besten bestellt. Betrachtungen und Vorurteile, die zum Nennwert genommen werden, fliessen dann auch in das individuelle Abstimmungsverhalten ein. Regelmässig befinden in der direkt-demokratischen Schweiz die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über Volksinitiativen und Referenden, die die Rahmenbedingungen für den Unternehmensstandort direkt oder indirekt tangieren. In Zeiten der geostrategischen Veränderungen, zunehmender Globalisierungskritik, gepaart mit einer offensichtlichen Fortschritts- oder gar Wachstumsmüdigkeit und politischen Re-Nationalisierungsbestrebungen, kommt dem Bild der Wirtschaft und ihrer Unternehmen eine entscheidende Rolle zu.

Anlass genug für das Forscherteam von Avenir Suisse, sich mit der Rolle und Wahrnehmung des Schweizer Unternehmertums vertieft auseinanderzusetzen. Die Fragestellung beschäftigt uns auch darum so sehr, weil für uns als marktwirtschaftlich-liberal orientierte Think-Tanker der Mehrwert, den Schweizer Unternehmen generieren, unbestritten ist. Spiritus rector und Hauptautor dieser Publikation, die wir zum 20-jährigen Jubiläum unserer Denkwerkstätte vorlegen, ist Marco Salvi, Forschungsleiter bei Avenir Suisse. Für seinen unermüdlichen Einsatz beim Verfassen dieser Schrift möchte ich ihm besonders danken. Angetrieben von seiner ökonomischen Neugier, im Diskurs mit den Mitautorinnen und Mitautoren, den Kommunikations- und Produktionsverantwortlichen und den Mitgliedern der Programmkommission haben wir über Bilder, aber auch Zerrbilder der Schweizer Wirtschaft gestritten und gerungen, die in-

sinuierte «Macht» der Unternehmen nachgezeichnet und ihre Leistung für das Schweizer Ökosystem eingeordnet.

Es ist offenkundig: Schweizer Unternehmen leisten einen beträchtlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um erfolgreich zu sein, müssen sie sich einerseits national und international im Wettbewerb gegenüber der Konkurrenz bewähren, andererseits regulative Eingriffe des Staates antizipieren und diese notgedrungen umsetzen. Ersteres ist anstrengend, bisweilen mühsam. Letzteres tendiert immer mehr in originär betriebliche Unternehmensentscheide einzugreifen, mit dem Ziel, die Vorstellung «guter» Unternehmensführung durchzusetzen. Diese Publikation hat nicht zuletzt den Zweck, der zu beobachtenden Vergesellschaftung der Schweizer Unternehmen kritisch zu begegnen.

Um unternehmerische Freiräume zurückzugewinnen und die marktwirtschaftliche Rahmenordnung zu stärken (statt sie erodieren zu lassen), ist der Mehrwert, den Unternehmen hierzulande generieren, wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Dem zur Genüge feststellbaren Festhalten der Politik an bisherigen Strukturen steht die unternehmerische Dynamik diametral gegenüber. Doch das Verwalten des Erreichten, verordnet an Regierungstischen und in Parlamentssälen, ist auf Dauer keine zielführende Strategie für den hiesigen Unternehmensstandort.

Unsere direkte Demokratie hat aber den Vorteil, dass die Unternehmensverantwortlichen zur Meinungsbildung des Souveräns einen wesentlichen Beitrag leisten können, durch persönliche Teilnahme am öffentlichen und politischen Diskurs. Letztlich geniessen bei der Schweizer Stimmbevölkerung vor allem jene Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft für die Sache der Wirtschaft, die selbst unternehmerische Verantwortung tragen. In diesem Sinne sind nicht nur die Politik, sondern auch die Unternehmen mitverantwortlich, welche Rolle und Wahrnehmung dem Schweizer Unternehmertum zukünftig zukommen wird und welche Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Direktor Avenir Suisse

Peter Grünenfelder

Inhalt

–	Vorwort	_ 05
01	– Einleitung: Jede Krise eine Kapitalismuskrise	_ 11
	Das (verzernte) Bild der Wirtschaft	_ 21
	2.1_ In der Gesellschaft	_ 22
	2.2_ In den Medien	_ 24
	2.3_ In der Politik	_ 26
	2.4_ In der Bildung	_ 27
03	– Die überschätzte Macht der Unternehmen	_ 31
	3.1_ «Crony capitalism»: Es gibt ihn!	_ 33
	3.2_ Nachlassender Einfluss der Wirtschaftslobby in Bern	_ 34
	3.3_ Unternehmen wehren sich vergeblich gegen mehr Regulierung	_ 35
	3.4_ Unternehmen investieren wenig in Interessenvertretung	_ 37
	3.5_ Jenseits der Politik: Verschiebung der Marktmacht	_ 38
04	– Was Unternehmen wirklich leisten	_ 41
	4.1_ Arbeiterparadies Schweiz	_ 42
	4.2_ Unternehmen haben in der Schweiz die Frauen ermächtigt	_ 44
	4.3_ Unternehmen als Ort des Lernens	_ 48

05 _	Steuerleistung von Unternehmen	_ 51
	5.1_ Im Dienste des Staates: Unternehmen als Steuervögte	_ 52
	5.2_ Steuerhinterziehung – keine Sache der Unternehmen	_ 53
	5.3_ Steuerbelastung höher als gemeinhin angenommen	_ 55
	5.4_ Ausmass (und Bedeutung) der Steueroptimierung wird überschätzt	_ 57
06 _	Unterschätzte Händlermoral	_ 61
	6.1_ Verhalten sich Unternehmen schlechter als natürliche Personen?	_ 62
	6.2_ Falsch verstandene Eigenverantwortung	_ 65
	6.3_ Die Vergesellschaftung der Unternehmen	_ 69
07 _	Hausaufgaben für die Schweizer Unternehmenslandschaft und die Politik	_ 73
	7.1_ Der «Apolitie» entgegenwirken	_ 74
	7.2_ Stärkung der privaten Medien durch Unternehmen	_ 76
	7.3_ Aufgaben für die bürgerliche Politik	_ 77
	Literaturverzeichnis	_ 82



01 Einleitung: Jede Krise eine Kapitalismuskrise

In den Augen ihrer Gegnerschaft war «die Wirtschaft» bereits an manchem Übel schuld: Ausbeutung, Kinderarbeit, Kolonialismus, Klimaerwärmung, die Missachtung der Menschenrechte und der Privatsphäre. Das war bei der anfangs Jahr ausgebrochenen Covid-19-Pandemie nicht anders. Kapitalismuskritiker und Nationalisten fanden sich in ihrer Opposition gegen alles Marktwirtschaftliche wieder vereint. Auch dieses Mal musste man auf die Reaktion gewiefter politischer Verantwortlicher aus diesem bunten Lager – einige davon auf die Vermittlung von Ängsten und Verunsicherung spezialisiert – nicht lange warten. Reflexartig wurden Grenzen geschlossen und Exporte verboten; Staaten brachen Verträge und Abkommen, und nun droht ein Impfnationalismus, der die internationale Kooperation unterminieren könnte (Bollyky und Bown 2020). Die Pandemie wird – vielfach mit Hilfe emotional gesteuerter Botschaften in den sozialen Medien – als Sprungbrett für Attacken gegen die Globalisierung der Wirtschaft und ihr wichtigstes Vehikel, die multinationalen Unternehmen, benutzt.

Im Unterschied zur Finanzkrise von 2008 geht die wahrgenommene Gefahr diesmal nicht mehr so sehr von den Banken aus, sondern von den angeblich überdehnten «supply chains» der Konzerne. Gemäss dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron gefährden diese sogar die Versorgungssicherheit und die «wirtschaftliche Souveränität» der Nationen (Le Monde 2020). Die Sorgen über den «Casinokapitalismus» der 2000er Jahre und den «Überwachungskapitalismus» der 2010er Jahre haben eine neue Lust am Protektionismus entfacht: Wenn schon der Staat viele Milliarden zur Rettung der Wirtschaft ausgibt, dann darf bitte schön die Politik bei der Mittelverwendung ein Wort mitreden, und sicherstellen, dass ja keine Staatsgelder ins Ausland oder in nicht nachhaltige Industrien fliessen. Dass die Wirtschaft nicht für den Ausbruch der Pandemie verantwortlich gemacht werden kann, und dass viele Unternehmen zum Wohl der öffentlichen Gesundheit dicht machen mussten und sich nun gezwungen sehen, Restrukturierungen durchzuführen, fällt dabei kaum ins Gewicht.

Insgesamt wird die Coronakrise die Wahrnehmung der Wirtschaft und Unternehmenswelt durch Öffentlichkeit, Politik und Medien nicht verbessern; Hauptthese dieser Publikation ist jedoch, dass die angeschlagene Reputation der Wirtschaft unverdient ist. Konkret geht es darum, ein realistischeres Bild von Funktion und Wirken der (Schweizer) Unternehmen – insbesondere der international tätigen – zu vermitteln. Schliesslich sind sie zentrale Akteure der ge-

sellschaftlichen Ordnung, die uns 150 Jahre lang Wohlstand und Wachstum beschert hat, und die auch für die Wiederbelebung einer vom Coronavirus arg gebeutelten Produktionsbasis unabdingbar sein werden.

«Haben wir hier wirklich ein Problem? Braucht es eine Imagekorrektur?», fragen manche – selbst in Unternehmerkreisen. Zwar hatte sich in den letzten Jahren der Ruf der Wirtschaft dank der robusten Konjunktur verbessert, und gemäss einer Studie der ETH Zürich erlangte sie zuletzt das höchste Vertrauen seit Messbeginn (CSS 2018). Doch galt dies, wie im nachfolgenden Kapitel 2 dokumentiert, auch vor der Coronakrise vor allem für die inlandorientierten Branchen. Gemeinhin wird das Bild der Wirtschaft vorwiegend von den KMU geprägt – machen diese in der Schweiz doch mehr als 99 % aller Unternehmen aus. Diese Zahl, die immer gerne von Politikerinnen und Politikern wiederholt wird, trägt jedoch. Börsenkotierte oder multinationale Unternehmen erbringen gut 36 % der Wertschöpfung (Naville et.al. 2019). Und obschon sie nur 17 % der Beschäftigten ausmachen, haben Grossunternehmen (mit über 250 Beschäftigten) zwischen 2011 und 2017 rund 30 % der neuen Stellen geschaffen. Zudem sind sie eine zentrale Quelle der Innovation. Rund 70 % der gesamthaft jährlichen Aufwendungen von 22 Mrd. Fr. für Forschung und Entwicklung werden von der Privatwirtschaft finanziert. Multinationale Unternehmen sind auch hier führend, drei multinationale Schweizer Unternehmen gehören zu den hundert weltweit innovativsten Unternehmen (Derwent 2020); Multis sind die massgeblichen Triebkräfte zur Förderung der Innovationsfähigkeit des «Ökosystems Schweiz» (Satw 2018). Alleine Roche, ABB, Nestlé und Novartis meldeten 2018 je zwischen 300 und 650 Patente an (Credit Suisse 2020).

Weil die «Multis» es schaffen, eine produktive Kooperation im grossen Massstab zwischen den diversesten Akteuren aufrechtzuerhalten, stellen sie vielfach den eigentlichen Motor der Schweizer Wirtschaft dar. Und trotzdem bleibt die Reputation der «Konzerne» umstritten; der pandemiebedingte Konjunkturreinbruch wird sie kaum verbessern. Bereits heute wird der Beitrag der grossen Unternehmen zum Gemeinwohl im Vergleich zu anderen Organisationen und Institutionen schlechter eingeschätzt. Eindeutig negativ ist auch die Einstellung der Medien gegenüber den «Konzernen», wenn sie vermehrt in Abrede stellen, dass deren Wirtschaften am Wohle der Gesellschaft ausgerichtet ist (Commslab und Fög 2019). Insgesamt geniessen Aktiengesellschaften signifikant weniger ge-

gesellschaftliches Vertrauen als andere Organisationsformen, beispielsweise Genossenschaften. Und dies, obschon Genossenschaften – sieht man von wenigen gewichtigen Ausnahmen ab – in der Schweizer Wirtschaft seit Jahrzehnten ein Schattendasein fristen.

Was Unternehmen wirklich leisten

Warum aber verdienen Schweizer (Gross-)Unternehmen eine bessere Reputation? Aus vielen Gründen. Erstens erfüllen sie den Zweck, für den sie geschaffen wurden – sprich, die Versorgung von Kunden mit innovativen, qualitativ hochwertigen und immer erschwinglicheren Produkten – mit Bravour. So sehr, dass sogar in der Mitte der Pandemie die Konsumentinnen und Konsumenten ihren Verbrauch kaum einschränken mussten. Die wenigen vorübergehend leeren Regale und verzögerten Lieferungen schafften es entsprechend auf die Titelseite.

Auch die wahrgenommene Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern ist hoch. Wie in Kapitel 4 gezeigt wird, sind Schweizer Angestellte im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut bezahlt (bei einer im Vergleich bemerkenswert tiefen Lohnungleichheit) und, entgegen der landläufigen Meinung, seltener gestresst. Sie geniessen in aller Regel eine hohe Arbeitsplatzsicherheit. Selbstverständlich ist auch der Schweizer Arbeitsmarkt gegen konjunkturelle Einbrüche nicht immun. Doch seine Resilienz und Adaptionsfähigkeit sind beachtlich.

Noch wichtiger ist aber aus Sicht der Reputation der konkrete Beitrag der Unternehmen zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Zugang zu einer guten Ausbildung und zur Arbeitswelt ist ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche Integration der fast zwei Millionen Ausländer, die in der Schweiz leben. Dank der international (fast) einmaligen Institution der dualen Berufsbildung tragen sie entscheidend zur Sozialisierung der Jugendlichen bei. Für die erwachsenen Erwerbstätigen stellen sie die wichtigste Quelle für formelle und informelle (on-the-job) Weiterbildung dar (vgl. Kapitel 4.3).

Auch der Beitrag der Wirtschaft zur Gleichstellung der Geschlechter wird gemeinhin unterschätzt – wenn nicht sogar ins Gegenteil verdreht – und vorwiegend als Quelle von Diskriminierung betrachtet. Historisch betrachtet war besonders die Arbeit im Betrieb für das Empowerment der Frauen massgebend, weil sie ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglichte (Kapitel 4.2), und Unternehmen waren (und bleiben) eine wichtige Quelle gesellschaftlicher Innovatio-

nen und sozialer Mobilität. Institutionen, die uns heute als selbstverständlich erscheinen, wie beispielsweise die 2. Säule, wurden zuerst von Unternehmen angeboten.

Steuerlast: Das Kapital wird nicht geschont

Reden wir über Geld. Unternehmen, insbesondere multinationale Konzerne, stehen oft in den Schlagzeilen wegen ihrer Steuerpraxis. Ihnen wird angelastet, von der hohen Qualität des «Standorts Schweiz» zu profitieren, ohne genügend dazu beizutragen. Tatsächlich gehört die Schweiz international zu den steuer-günstigen Standorten. Allerdings nur, wenn man isoliert die Unternehmensge-winnsteuer betrachtet. Die Gesamtbelastung der Investoren bzw. der Unterneh-mer geht weit über die Unternehmenssteuern hinaus. Kapitaleinkommen wird meistens auch auf Personenebene belastet, und dies gleich mehrfach: mit der Einkommenssteuer, mit der Vermögenssteuer und womöglich mit der Erb-schaftssteuer (vgl. Kapitel 5).

Nicht nur zahlen die Schweizer Konzerne ansehnlich Steuern, sie werden auch immer öfter dazu verpflichtet, Staatsaufgaben zu übernehmen. Im Steuer-bereich übernehmen sie das Eintreiben der Mehrwertsteuer, obschon diese Steuer per Definition auf den Konsumenten lastet. Das gleiche gilt für Sozialversi-cherungsbeiträge, für Quellensteuern und andere Abgaben, wofür die Unter-nehmen die Rolle des Steuervogtes spielen. Auch im Justizbereich bürdet der Staat den Unternehmen Aufgaben auf, die sogar für klassische Liberale eher in den Kompetenzbereich des Staates fallen. Ein besonders markantes Beispiel ist der Kampf gegen die Geldwäscherei, der de facto an den Finanzsektor delegiert wurde.

Die überschätzte Macht der «Wirtschaft»

Während die Anstrengungen der Unternehmen und ihr Beitrag zum Gedeihen der Gesellschaft unterschätzt werden, wird die Fähigkeit der Firmenwelt, poli-tische Entscheidungen nach eigenem Gutdünken zu ihren Gunsten zu verzerren, gemeinhin überschätzt. Das Problem ist zum Teil selbstgemacht: Auch Wirt-schaftsvertreter treten gelegentlich für eine Klientelpolitik ein, die zwar im In-teresse eines (oft branchenspezifischen) Teils der Wirtschaft steht, aber nicht notwendigerweise der Volkswirtschaft. |¹ Wettbewerb wird in der Theorie be-

grüsst – aber lieber nicht im eigenen Land oder in der eigenen Branche (vgl. Box 1). Man freut sich über Investitionen aus der Fremde, wenn sie den eigenen Aktienkurs steigen lassen, nicht jedoch so sehr, wenn sie den Ausbau der Kapazitäten von ausländischen Konkurrenten ermöglichen.

Gleichwohl ist der Eindruck verfehlt, die Wirtschaft hätte in der Schweiz einen ungebremsten Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess. Politologen untersuchen die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft seit Jahren wissenschaftlich (vgl. Kapitel 4), und insgesamt folgert die Forschung, dass dieser Zusammenhang loser geworden ist. So sind die direkten Verbindungen zwischen Parlamentariern und einzelnen Unternehmen auf Bundesebene in der Tendenz abnehmend, während die Nähe der Politikerinnen und Politiker zu Interessengruppen jeglicher politischer Ausrichtung stark zugenommen hat. Nur noch eine Branche kann ihre Anliegen in Bern nach wie vor ungehemmt durchsetzen: die Landwirtschaft.

Natürlich sollte man die erwähnte Neigung zum Korporatismus und zum bequemen, kontrollierten Wettbewerb nicht unterschätzen. Betriebe sind beileibe nicht makellos – schliesslich arbeiten darin Menschen. Die Schweiz braucht wachsame und wirksame Institutionen, welche etwaigen Versuchen einer Sozialisierung der Verluste standhalten. Dies ist in den gegenwärtigen Krisenzeiten wichtiger als je zuvor.

Das tatsächliche Verhalten von Unternehmen darf aber nicht an einem unerreichen, perfekten Ideal gemessen werden, sondern relativ zu anderen, real existierenden Institutionen wie beispielsweise Verwaltungen, Kirchen, NGOs oder sonstigen Teilen der sogenannten Zivilgesellschaft. Obschon auf Unternehmen der ständige Verdacht der Spekulation, Abzockerei und Ausbeutung lastet, tragen sie in Wirklichkeit massgeblich zur zwischenmenschlichen Kooperation und zur Toleranz bei (vgl. Kapitel 6). Salopp gesagt: Das Verhalten von Menschen ist in Unternehmen eher besser als ausserhalb. Grössere Firmen, die man sich als überaus erfolgreiche Unternehmen vorstellen kann (und als Verkörperung der

1 Beispiele von «crony capitalism» lassen sich auch in der Schweiz finden. Dazu gehörte beispielsweise die Export-Risikogarantie, die in den Jahren ihrer grössten Beanspruchung den Bund für Garantien zugunsten der Exportwirtschaft engagierte, die sogar das gesamte Staatsbudget überschritten (*Bärtschi* 2006).

Geschäftslogik schlechthin), sind toleranter gegenüber den persönlichen Vorlieben der Mitarbeiter als kleinere (Cowen 2019). Das ist nicht verwunderlich: Marken, Image, Reputation und «Goodwill» sind für Konzerne entscheidende Assets geworden, deren Wert jenen greifbarer Aktiva, wie Maschinen oder Liegenschaften, oft um ein Vielfaches übersteigt. Die wachsende Bedeutung dieser «intangible assets» trägt wohl auch zu den immer umfangreicheren «Corporate and Social Responsibility»-Aktivitäten (CSR) bei, bei denen Unternehmen auf freiwilliger Basis soziale und ökologische Belange in ihre Geschäftstätigkeit integrieren und die Interaktion mit Interessengruppen suchen.

Genauso, wie es verfehlt wäre, Unternehmen als die Quelle gesellschaftlicher Probleme wie etwa des Klimawandels anzusehen (vgl. Box 3), wäre es falsch, sie als alleinige Lösung (oder als Vehikel für die Lösung) derselben zu betrachten. Hier ist wieder ein realistischeres Management der Erwartungen der Öffentlichkeit nötig: Die Forderungen der «Gesellschaft» an die Unternehmen übertreffen mittlerweile die Kompetenzen und die Kapazitäten des Managements bei weitem. Es kann nicht die Aufgabe der Unternehmen sein, staatliche oder quasi-staatliche Funktionen wahrzunehmen und für die Lösung sämtlicher realer oder auch nur vermeintlicher gesellschaftlicher und sozialer Herausforderungen Verantwortung übernehmen zu müssen. Bestimmt: Eine strikte Aufgabenteilung zwischen Unternehmen (für die Versorgung der Bevölkerung mit privaten Gütern) und Staat (mit Verantwortung für die Lösung kollektiver Probleme), wie sie einer stark verkürzten Vision Milton Friedmans zugeschrieben wird, bildet die heutige Realität immer weniger ab. CSR-Aktivitäten erhöhen den Unternehmenswert, wenn sie die Reputation der Firmen oder die Loyalität ihrer Kunden stärkt. Sie erfolgt dann im Eigeninteresse der Firmen und auf Wunsch ihrer Kunden (Kitzmueller und Shimshack 2012). Allerdings, wie im Kapitel 6 argumentiert, stellt das Aufkommen einer rein politischen CSR, wie sie sich unter anderem in der Konzernverantwortungsinitiative zeigt, eine gefährliche Tendenz dar. Sie weist letztlich den Unternehmen eine überdehnte Rolle zu, wonach sie als Voraussetzungen ihrer Geschäftstätigkeit Mängel eines fremden Staates auszugleichen hätten, wann immer lokale Normen nicht dem Schweizer Wertekompass entsprechen.

Box 1

Für die Wirtschaft und für die Märkte: Warum es eine starke Wettbewerbspolitik braucht

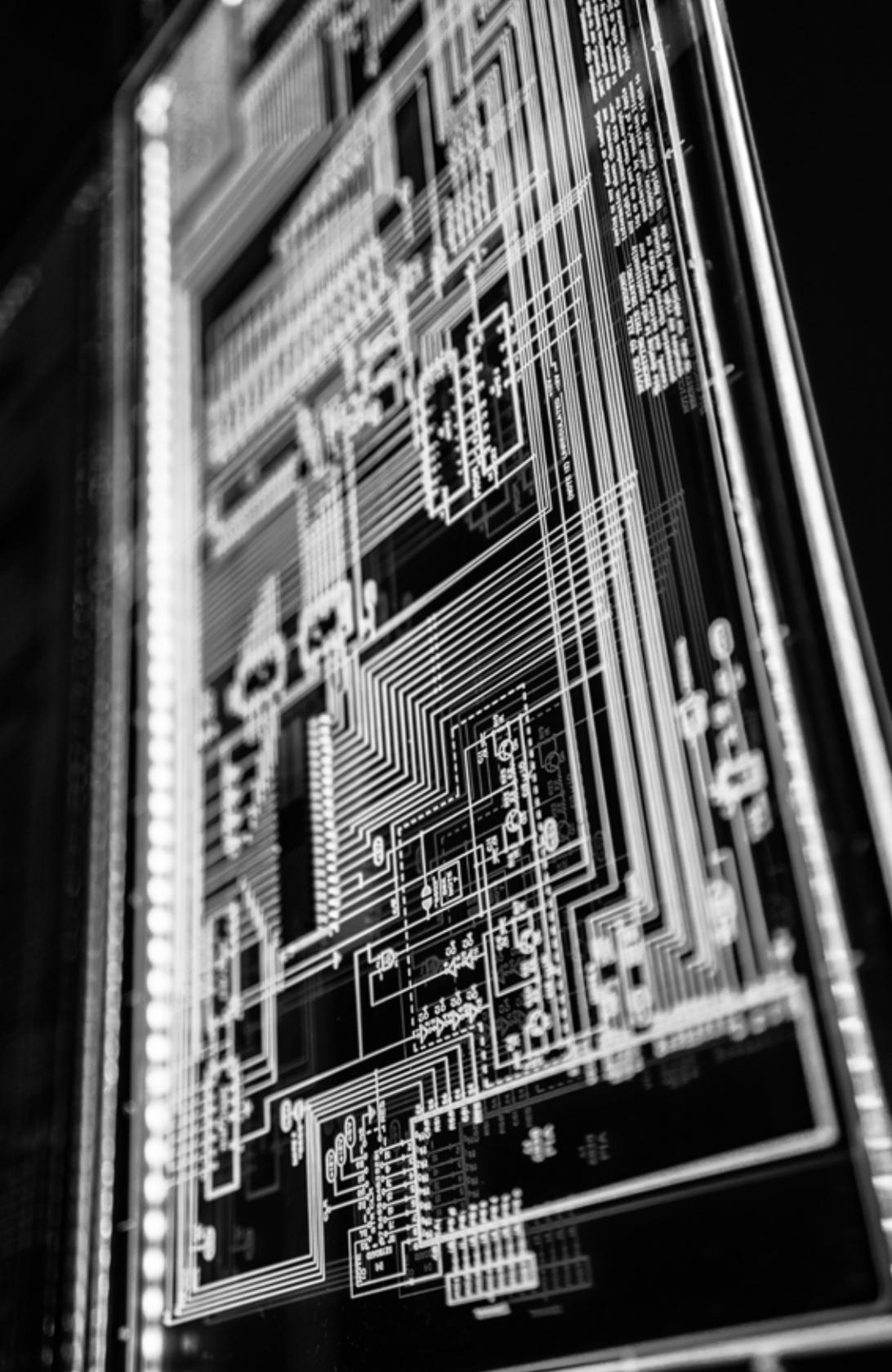
Obschon Unternehmertum auch persönliche, ideelle Aspirationen befriedigt – allen voran den menschlichen Drang zur «Autorenschaft», also zur Fähigkeit, möglichst autonom über sämtliche Bereiche des betrieblichen Lebens zu entscheiden – soll es auch aus gesellschaftlicher Sicht kein Selbstzweck bleiben, sondern zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen. Dies geschieht über die Teilnahme an Märkten, auf denen die vielfältigen Aktivitäten abgestimmt werden und somit zur Schaffung eines umspannenden Netzes von Kooperationen beisteuern. Marktwirtschaft bedeutet dabei keinesfalls grenzenloser Wildwest. Im Gegenteil: Der Staat legt die Rahmenbedingungen und Spielregeln auf den Märkten fest und setzt sie mit einem (immer umfassenderen) Regel- und Aufsichtswerk auch durch. Doch wie der Schiedsrichter in einem Fussballspiel sollte er möglichst keinen Einfluss auf Spielfluss und -verlauf nehmen.

Es ist vor allem die Wettbewerbspolitik, die das Zusammenspiel unter Wirtschaftssubjekten regelt, und die für einen wirksamen, funktionsfähigen Wettbewerb sorgen soll. Denn falls Unternehmen über Marktmacht verfügen und sich deshalb den disziplinierenden Kräften des Wettbewerbs entziehen können, ist nicht mehr sichergestellt, dass der Marktmechanismus wirklich die gesellschaftlich erwünschten Ergebnisse liefert. Aus dieser Logik ergibt sich der Fokus des Wettbewerbsrechts auf die Bekämpfung von Kartellen, die Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen und die Durchführung einer Fusionskontrolle. Dabei ist zentral, dass das Wettbewerbsrecht nicht das einzelne Unternehmen oder den einzelnen Konsumenten bzw. Nachfrager, sondern den Wettbewerb als Institution schützt.

Auf den meisten, aber nicht auf allen Märkten lassen sich mit dem Wettbewerbsrecht wettbewerbliche Rahmenbedingungen schaffen und aufrechterhalten. Liegt ein Marktversagen vor, ist der Staat in seiner Rolle als Regulator gefordert. Darunter versteht man nicht etwelche (politisch) unliebsamen Marktergebnisse, sondern meint eine Situation, in der der Marktmechanismus zu einer Feblallokation von Gütern führt. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn öffentliche Güter, externe Effekte, natürliche Monopole oder Informationsasymmetrien vorliegen.

Genauso, wie von den Unternehmen die Einhaltung der geltenden Spielregeln erwartet wird, soll jedoch der Staat seine Verantwortung übernehmen und nur dann in die Märkte eingreifen, wenn dafür triftige Gründe vorliegen und die Sicherheit besteht,

dass mit dem gewählten Instrument ein identifiziertes Marktversagen wirklich behoben werden kann. Denn allzu oft sind unbefriedigende Marktergebnisse nicht primär auf das Fehlverhalten von Unternehmen zurückzuführen, sondern auf schlechte Regulierung durch den Staat.



DATE: 10/15/78

DESIGNER: J. W. BROWN

CHECKED: M. J. SMITH

APPROVED: R. L. JONES

REVISION: 1

SCALE: 1:1

SHEET: 1 OF 1

PROJECT: 100-100000

DRAWN BY: J. W. BROWN

DATE: 10/15/78

DESIGNER: J. W. BROWN

CHECKED: M. J. SMITH

APPROVED: R. L. JONES

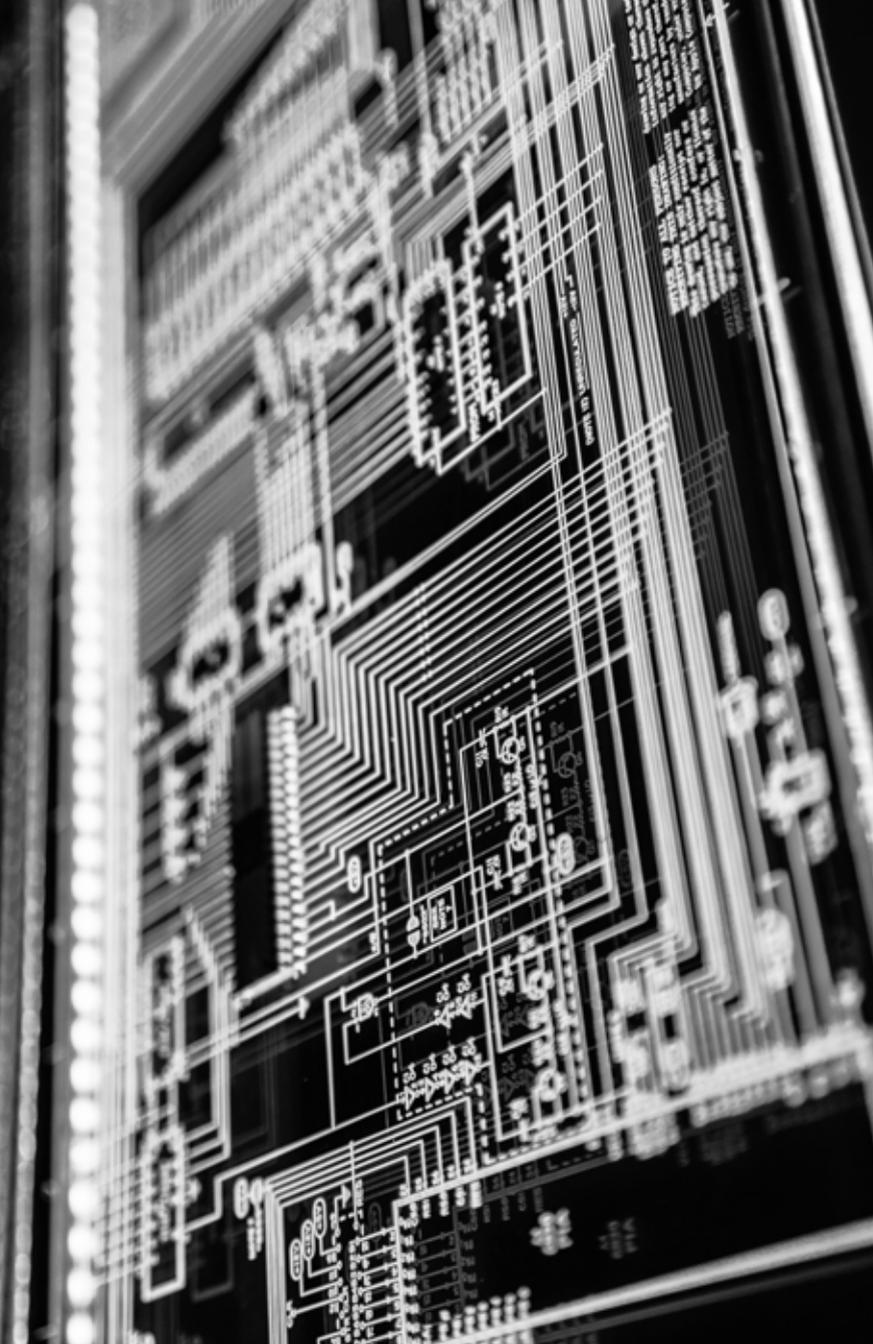
REVISION: 1

SCALE: 1:1

SHEET: 1 OF 1

PROJECT: 100-100000

DRAWN BY: J. W. BROWN



02 Das (verzerrte) Bild der Wirtschaft

2.1_ In der Gesellschaft	_22
2.2_ In den Medien	_24
2.3_ In der Politik	_26
2.4_ In der Bildung	_27

2.1 – In der Gesellschaft

Eine tiefere Arbeitslosenquote, höhere Löhne, eine hohe Zufriedenheit am Arbeitsplatz und eine geringere Konsum- und Einkommensungleichheit als in den meisten anderen Ländern: Die Schweizer Wirtschaft befindet sich seit mehreren Jahren in guter Verfassung.² Auch im internationalen Vergleich lässt sich die Performance der Schweizer Wirtschaft sehen. Trotzdem wird der Beitrag der Unternehmen zum Wohl der Gesellschaft häufig angezweifelt – umso mehr, wenn sie gross sind. Dieses Kapitel liefert einige Daten, die das «Malaise» in vier Kernbereichen dokumentieren: in der öffentlichen Meinung, in den Medien, in der Politik und im Bildungswesen. Das Fazit: Das Misstrauen ist nicht bloss konjunktureller, sondern grundlegender Art.

Allgemein wird der Beitrag von Multis und «Grosskonzernen» zum Gemeinwohl als bescheiden eingeschätzt. Im Gemeinwohlatlas, einer Umfrage der Universität St. Gallen, die den «gesellschaftlichen Nutzen von Schweizer und internationalen Unternehmen und Organisationen systematisch untersucht», liegt das erste börsenkotierte Unternehmen, die Geberit AG, auf Rang 28 (Gemeinwohlatlas 2019). Nonprofitorganisationen (NPO), wie die Rega, Pro Senectute oder die Heilsarmee, sowie Genossenschaften (Coop, Migros, Volg/Fenaco, Mobiliar) belegen im Ranking die vordersten Plätze – obschon NPO und Genossenschaften eine deutlich geringere volkswirtschaftliche Bedeutung aufweisen.³ Hingegen werden sechs der letzten zehn Plätze von börsenkotierten multinationalen Unternehmen belegt. Nur Fussballverbände und -vereine schneiden in der Umfrage kollektiv schlechter ab.

Entsprechend gering ist das Vertrauen, das die Schweizer Bevölkerung den grösseren Unternehmen, insbesondere den börsenkotierten, noch vor der Coronakrise schenkte. Laut einer repräsentativen Umfrage der IG Genossenschaft liegt das Vertrauensniveau in börsenkotierten Aktiengesellschaften gemessen auf einer Skala von 0 bis 10 fast zwei Punkte tiefer als bei den Familiengesellschaften und Genossenschaften. Zwischen 2011 und 2016 haben sich börsenko-

2 Siehe u.a. Inequality Report (Grünenfelder et al. 2019) und Kapitel 3 dieser Publikation.

3 Insgesamt beschäftigen Genossenschaften im Jahr 2018 weniger als 5% der Erwerbstätigen (BFS 2019a).

tierte Aktiengesellschaften zwar von 4,7 auf 5,9 Punkte verbessert und somit einen Teil ihres Vertrauensrückstandes reduziert (gfs.bern 2016).

Allerdings registriert das Sorgenbarometer der Credit Suisse seit 2016 wieder einen deutlichen Vertrauensverlust (Credit Suisse 2019). So hatten 2019 mehr als 40 % der Befragten das Gefühl, dass die Wirtschaft in entscheidenden Dingen «oft versage» (gegenüber 45 % «selten», und 6 % «nie»). Das Misstrauen gegenüber den Unternehmen hat seit dem Höhepunkt in den Jahren 2002/2003, im Nachgang zum Swissair-Grinding, etwas nachgelassen, es bleibt aber immer noch so verbreitet wie nach der Finanzkrise. Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 7 (grosses Vertrauen) erzielen die Arbeitgeber im Durchschnitt einen Wert von nur 3,5. Das ist tiefer als bei NGOs, der Verwaltung, dem Parlament oder der Polizei.

Das niedrige Vertrauen in die Wirtschaft kontrastiert im Sorgenbarometer mit der subjektiv empfundenen, wirtschaftlichen Situation der Befragten. Auf einer Skala von 0 («voll und ganz unzufrieden») bis 10 («voll und ganz zufrieden») wählen heute 75 % der Befragten einen Wert von 6 oder höher. Auch schätzten (vor der Corona-Krise) 31 % der Personen die Lage der Schweizer Wirtschaft im internationalen Vergleich als sehr gut ein – so viele, wie zuletzt nur im Jahr 2004. Ob dieser vermeintliche Widerspruch zwischen der Zufriedenheit über den eigenen Wohlstand und dem geringen Vertrauen in die Wirtschaft auch nach der Coronakrise fort dauern wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen.

Box 2

Die wirtschaftliche Bedeutung der multinationalen Unternehmen

Das kritische Bild der Öffentlichkeit von multinational tätigen, grossen Unternehmen konterkariert mit ihrer Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft und die Finanzierung des Staates. Ein paar Zahlen (Neville et al. 2019): «Multinationals» machen zwar nur 4% aller Schweizer Unternehmen aus, beschäftigen aber 26% der Arbeitnehmenden und erwirtschaften dabei rund einen Drittel des BIP. Das spiegelt sich auch in den Staatsfinanzen. 47% der Unternehmenssteuereinnahmen auf Bundesebene – notabene der in den letzten 15 Jahren am stärksten wachsende Bereich der Bundeseinnahmen – stammen von den multinational tätigen Firmen, in einzelnen Kantonen ist die Bedeutung sogar noch grösser.

Indirekt sind die Effekte noch höher. Unzählige binnenmarktorientierte KMU sind Zulieferer von weltweit agierenden Unternehmen, profitieren also auch von deren internationaler Wertschöpfungskette. Rund drei Viertel der hiezulande Beschäftigten arbeiten in Firmen, für die der internationale Handel eine Rolle spielt (Grünenfelder et al. 2019). Auch verdienen die Angestellten der Multis in der Regel überdurchschnittlich gut und leisten ihrerseits aufgrund des progressiven Steuersystems einen überproportionalen Beitrag zur Finanzierung des Staates. Die ökonomische Forschung konnte schon vor einiger Zeit aufzeigen, warum die multinationalen Unternehmen besonders produktiv sind (Melitz 2003). Genau hiervon profitiert die Schweiz überproportional. Die Multis und ihre Vernetzung erweitern das ökonomische Potenzial der Schweiz weit über ihre geografischen Grenzen hinaus.

Genauso wichtig ist aber auch der positive Einfluss der global tätigen Unternehmen auf die internationale Entwicklung. Die Schweizer Multis sind massgeblich an der globalen Integration von Wertschöpfungsketten beteiligt und leisteten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einen entscheidenden Beitrag zum Wirtschaftswachstum verschiedener Schwellenländer (vgl. Kapitel 6).

2.2 – In den Medien

Noch kritischer schätzen die Medien den Beitrag der Wirtschaft zum «Gemeinwohl» ein. Bestimmt, es liegt in der Natur der Sache, dass sich Medien eher für Skandale, Versagen oder Entlassungen interessieren; schlechte Nachrichten verkaufen sich einfach besser. «Corporations had another stellar day producing things and keeping people employed» ist keine gute Überschrift für eine Zeitung, wie der amerikanische Ökonom Tyler Cowen (2019) vermerkte.

Diese Einstellung hat sich allerdings zugespitzt, wie Analysen des Forschungsinstitutes Öffentlichkeit und Gesellschaft (Fög) der Universität Zürich und des Basler Beratungsunternehmens Commslab aufzeigen. Sie haben die mediale Wahrnehmung von 132 Unternehmen der Schweizer Wirtschaft seit 2005 systematisch erfasst und ausgewertet.⁴ Zwar wird in den Medien den Unternehmen durchaus Fachkompetenz und Erfolg attestiert: Bei der Funktionalreputation,

4 Medienbeiträge von «grösseren und medial sichtbaren Unternehmen» werden manuell kodiert. Für jede in einem Beitrag thematisierte Firma wird eine Bewertung vergeben (positiv, negativ, neutral, controvers) und anschliessend zu einem Index aggregiert (Commslab und Fög 2018).

die die Einschätzung der Medien zur betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Performance oder Börsenentwicklung spiegelt, überwiegen die positiven Beiträge. Ganz anders sieht es bei der Sozialreputation aus, die die Verantwortung für den eigenen Standort (Region, Schweiz) und «rechtlich und moralisch korrektes Verhalten durch die Unternehmen» abbildet. Seit Messbeginn war dieser Indikator stets negativ – zeitweise sehr deutlich (Commslab und Fög 2018). Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen (gewichtet nach Reichweite der entsprechenden Medien) lag nie über Null.

Insgesamt weist die von Fög und Commslab gemessene mediale Reputation der Schweizer Wirtschaft seit Ende 2017 eine negative Tendenz auf. Die Medien stellen (wieder) vermehrt in Abrede, dass das Wirtschaften der Gesellschaft dient, oder dass das Handeln ökonomischer Akteure «prioritär am Wohle des Standorts bzw. der Volkswirtschaft ausgerichtet ist». Es ist eine «generelle Moralisierungstendenz» festzustellen (z.B. Managerlohndebatte, Konzernverantwortung, Klimawandel), weshalb die Positionen der Wirtschaft bei ihren Kernthemen, sowie bei wichtigen umwelt- und sozialpolitischen Themen in den Medien folglich auf starke Kritik stossen. Dies äussert sich ebenfalls in einer zunehmend kritischen Haltung gegenüber Wirtschaftsverbänden (Commslab und Fög 2019).

Box 3

Klimasünder Unternehmen?

Im vergangenen Jahr machte in Online-Medien und auf Social Media eine aufsehenerregende Infografik die Runde: «These are the Names and Locations of the Top 100 People Killing the Planet» (The Decolonial Atlas 2019). Gemeint waren die CEOs jener 100 Unternehmen, die gemäss einer Erhebung des «Climate Accountability Institute» (2019) alleine für 71% des weltweiten CO₂-Ausstosses seit 1988 verantwortlich sind. Auf der Liste standen vorwiegend die CEOs von Unternehmen, die fossile Energieträger fördern und handeln.

Auch deutschsprachige Medien verbreiteten die Statistik fleissig – mit reisserischen Überschriften wie «Diese 100 Konzerne zerstören unser Klima» oder «Das sind die grössten Klimasünder». Sie kreierte Sätze wie «71% ... stammen von 100 Firmen» oder «71% ... werden von 100 Unternehmen emittiert». Selbstverständlich emittierten nicht bloss 100 Unternehmen 71% des globalen CO₂-Ausstosses der letzten 30 Jahre. Diese Unternehmen haben diese Treibhausgase nicht ausgestossen, sondern bloss die fossilen Ener-

gieträger, deren Verbrauch zu diesem Ausstoss führt, gefördert und gehandelt. Die Treibhausgasemissionen erfolgten im Verkehr, in der Produktion (durch Zigtausende von Unternehmen), in der Landwirtschaft sowie beim Heizen von Wohnungen und Bürogebäuden. In der Schweiz entfallen 23% der Treibhausgasemissionen auf die Industrie (Bafu 2019). Die fossilen Energieträger wurden also von Produzenten und Konsumenten nachgefragt. Zu suggerieren, jene Unternehmen, die sich mit der Bereitstellung dieser Energieträger befassen, trügen die alleinige Verantwortung für den resultierenden CO₂-Ausstoss – und deren Beseitigung löse entsprechend ein Problem – ist schlichtweg falsch.

2.3 _ In der Politik

Viele Anliegen der Schweizer Wirtschaft kommen bei der Bevölkerung seit geraumer Zeit nicht an – trotz der bis zur Corona-Krise langanhaltenden, positiven Konjunktorentwicklung. Dies verdeutlicht sich nicht nur im erwähnten langfristigen Vertrauensdefizit, sondern auch in den Ergebnissen der Urnengänge zur Minder-Initiative, zur Masseneinwanderungsinitiative oder zur Unternehmenssteuerreform III. Die Skepsis prägt die Einstellung der Politik. Auch hier taugen jedoch Quantifizierungen nur zur groben Einordnung. Werthaltungen lassen sich schwer messen. Die seit 1996 beobachtete, geringe Verlagerung des Medianwählers in National- und Ständerat nach links sagt über die Einstellung zur Wirtschaft wenig aus.⁵ Umfragen unter politischen Vertretern können punktuell zur Klärung der Frage beitragen. So wertete die Online-Wahlhilfe Smartvote die Zustimmung der 2019 gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier zur folgenden Aussage aus: «Von einer freien Marktwirtschaft profitieren langfristig alle». Fast 40 % der Gewählten gaben eine negative Antwort. Auf einer Skala von minus 3 (gar nicht einverstanden) bis plus 3 (sehr einverstanden) lag der Gesamtdurchschnitt mit 0,5 nur leicht im Plus (NZZ 2019).

Dass Politik und Wirtschaft das Heu nicht mehr auf der gleichen Bühne haben, und sich die Wünsche der Unternehmen nicht automatisch in Befehle für die Politik materialisieren, belegt auch eine neuere Auswertung von Economie-

5 Das Links-Rechts-Spektrum, mit dem viele Politexperten vorzugsweise operieren, taugt für die Einschätzung der Politik in Bezug auf die Wirtschaft nur bedingt. Die FDP gehört zu den vehementesten Befürworterinnen der Personenfreizügigkeit, so wie die Grossunternehmen, während die SVP – in den Rankings die am weitesten rechts politisierende Partei – sie kategorisch ablehnt.

suisse (2019). Diese erfasste die für die Wirtschaft wichtigsten, vom Parlament behandelten Geschäfte der Jahre 2015 bis 2019, während die Fachbereiche des Wirtschaftsdachverbands den jeweiligen Einfluss des Endresultats (Volksabstimmung, Parlamentsentscheid oder Entscheid des Bundesrats) auf die Standortqualität der Schweiz bewerteten.

Negative Entwicklungen bezüglich Standortqualität sind laut Economiesuisse in der makroökonomischen Stabilität festzustellen: Zwar konnten grössere Fehlritte wie etwa die Vollgeldinitiative oder ordnungspolitische Sündenfälle bei der Bewältigung des Frankenschocks vermieden werden. Trotzdem hat beispielsweise der Reformstau in der Altersvorsorge langfristig negative Auswirkungen auf die Staatsverschuldung. Im Bereich Arbeitsmarkt hatte die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) einen massgeblichen Einfluss. Bis klar war, wie die MEI umgesetzt wird, wirkte sich die Planungsunsicherheit negativ aus.

Die Skepsis der Politik gegenüber der Wirtschaft ist am deutlichsten da zu spüren, wo der Leistungsausweis am besten ist: in den Städten. Gross- und Mittelzentren sind nicht nur Bevölkerungszentren, sondern auch Zentren der Wertschöpfung und der sozialen Mobilität. Wie eine von Avenir Suisse durchgeführte Analyse der städtischen Politiken der letzten 20 Jahre zeigt, drohen unsere Städte trotz allem – oder gerade wegen der empfundenen Selbstverständlichkeit ihres Erfolgs – zu Hotspots einer gewissen Wirtschaftsfeindlichkeit zu verkommen, wenn sie es nicht bereits geworden sind (Schnell et al. 2018). Die gewählten Stadtpolitiker hegen zwar Sympathien für liberale Anliegen, konzentrieren sich aber meist auf gesellschaftliche Belange, während das Wirtschaftliche stiefmütterlich behandelt wird. Sie zeigen eine eher passive Haltung gegenüber Standortpflege oder eine Tendenz zu lokaler Industriepolitik, wie beispielsweise die Forderung nach der Erhaltung wenig wertschöpfungsintensiver Branchen («Kreativwirtschaft», Kleingewerbe) zeigt.

2.4 – In der Bildung

Auch in der Schule halten sich die Sympathien für Unternehmen in Grenzen. Mit dem Lehrplan 21 haben zwar die Wirtschaftswissenschaften einen Platz in der Volksschule erhalten. Der inhaltliche Fokus liegt auf Existenzsicherung, Konsum, Produktion und Verteilung von Gütern sowie – was positiv hervorzuheben

ist – auf unternehmerischem Handeln. Deutlich wird aber die einseitige Ausrichtung mit den zu Beginn des Lehrplans festgehaltenen Bildungszielen der Volksschule: «Sie weckt und fördert das Verständnis für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die Erhaltung der natürlichen Umwelt» (D-EDK 2014). Es geht also primär um die Verteilung des Bestehenden, kaum um die Schaffung des Neuen. Nicht zur Sprache kommt der Wohlstand, und der Beitrag, den die Wirtschaft, die Märkte oder die Bedeutung der Wirtschaftsfreiheiten für die persönliche Entfaltung leisten.

In zahlreichen Lehrmitteln wird vor allem der Konsum kritisch hinterfragt – und mit ihm die Unternehmen als Produzenten der Konsumgüter. Dass der Konsum der einen die Arbeit der anderen darstellt, bleibt unerwähnt – ganz zu schweigen vom Konzept der Konsumentenrente, die sich aus dem Überschuss aus Zahlungsbereitschaft abzüglich des tatsächlichen Preises eines Gutes ergibt. Im Kompetenzbereich «Konsum gestalten» sollen Schülerinnen und Schüler zuerst «die Wirkung alltäglicher Konsumsituationen auf die Umwelt reflektieren (z.B. Ökobilanz)».

Das selektive Bild der Wirtschaft und des Wirtschaftens verrät aber auch schlicht die Verkennung ökonomischer Zusammenhänge. In einem Lehrbuch, das für das Fach «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» erarbeitet wurde, werden die Schülerinnen und Schüler belehrt, dass ein Einkauf im Ausland negative Konsequenzen für die Beschäftigung, das Einkommen sowie den Konsum in der Schweiz hat. Im gleichen Atemzug wird die 24-Stundengesellschaft hinterfragt.⁶ Dass sich die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung gewandelt haben, und die Unternehmen nun sogar spätabends auf die Wünsche der Konsumentinnen und Konsumenten (und nicht zuletzt diverser Arbeitnehmender) antworten, darauf wird nicht eingegangen.

Häufig wird im Fach Wirtschaft auf die im Lehrplan 21 verankerte Leitidee «Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)» verwiesen. Selbstverständlich gehören Fragestellungen der Nachhaltigkeit und ein effizienter Umgang mit Ressourcen in den Bildungsrucksack junger Menschen. Die Wirtschaftswissen-

⁶ Die Schülerinnen und Schüler lernen: «Indem du Fleisch nicht nachmittags bei der Dorfmetzgerei, sondern spätabends bei der 24-Stunden-Tankstelle einkaufst, wird jemand abends auch für dich arbeiten müssen» (Kozakiewicz et al. 2017).

schaft, als Lehre der effizienten Zuteilung knapper Ressourcen, böte hierfür den idealen Zugang. Unternehmen haben ein Eigeninteresse – wie Konsumenten auch – , sparsam mit ihren Ressourcen umzugehen. Insgesamt vermittelt das Schweizer Bildungswesen das Bild einer Wirtschaft, die zum Gemeinwohl wenig beiträgt – zumindest nicht durch ihre wichtigste Funktion, die Produktion.



03 Die überschätzte Macht der Unternehmen

- 3.1_ «Crony capitalism»: Es gibt ihn! _ 33
- 3.2_ Nachlassender Einfluss der Wirtschaftslobby
in Bern _ 34
- 3.3_ Unternehmen wehren sich vergeblich gegen
mehr Regulierung _ 35
- 3.4_ Unternehmen investieren wenig in
Interessenvertretung _ 37
- 3.5_ Jenseits der Politik: Verschiebung der
Marktmacht _ 38

«Verdeckter Einfluss, heikle Verflechtungen, privilegierter Zugang»: So lautet der Untertitel eines Berichtes von Transparency International (TI) zum Lobbying in der Schweiz. Damit bringt die Nonprofitorganisation lapidar eine weit verbreitete Skepsis gegenüber Lobbyingtätigkeiten und Lobbyisten zum Ausdruck. Zwar bezieht sich die Aussage von TI nicht nur auf den Lobbyismus der Wirtschaft. Doch den Unternehmen werden besondere Aktivitäten zur ständigen Beeinflussung des Volkswillens angelastet. So würden sie über «erhebliche Finanzmittel» verfügen, so sehr, dass sie sogar die direkte Demokratie massgeblich beeinflussen (TI 2019). Auch würden sie im politischen Prozess eine Sonderbehandlung geniessen, weil sie zu den «ständigen Vernehmlassungsadressaten» gehören. Noch klarer drücken es jedoch die Politiker selbst aus: Für den Präsidenten der Grünliberalen Partei, Jürg Grossen, (2019) «möchten gerade die grossen, oftmals trägen Marktgiganten ihre Pfründe sichern: Sie lobbyieren bei den Politikern.». Und für die Juso (2019) sind «bürgerliche Parteien dankbare Abnehmer für Millionenbeträge von Wirtschaftsverbänden, die sich in enorm einflussreichen Lobbygruppen organisiert haben».

Wenn es darum geht, die Auswüchse des Lobbyismus zu beklagen, ist also die Wirtschaft – und ganz besonders «Big Business» – eine beliebte Angriffsfläche. Aber auch in Teilen der Forschung zu politischen Institutionen bleibt die «Nullhypothese» geläufig, wonach die Schweiz günstige Rahmenbedingungen für politisches Lobbying bieten würde. Den Grund liefere die Geschichte: Auf Bundesebene verfügten im 19. Jahrhundert die staatlichen Behörden über beschränkte administrative Ressourcen, sodass die Wirtschaftskreise schon früh Formen privater Selbstregulierung entwickelten. Dies habe die Entwicklung und Ausbreitung der grossen Wirtschaftsverbände sowie ihre enge Teilhabe an politischen Prozessen nachhaltig gefördert. Die direkte Demokratie böte sogar zusätzliche Instrumente, um die Forderungen mächtiger Interessensgruppen, insbesondere der Dachverbände der Wirtschaft, zu artikulieren (Hürlimann et al. 2016). Die politische Linke wäre zwar nicht aus dem innersten Netzwerk ausgeschlossen, sie wäre allerdings unterrepräsentiert und schwach. Auf jeden Fall hätten die Unternehmen eine viel stärkere Position als beispielsweise die Gewerkschaften (Kriesi 1980, zitiert in Fischer et al. 2009). Schliesslich vermerken Gava et al. (2017), dass es in der Einschätzung vieler Politikwissenschaftler lange als gegeben galt, dass die Kernkompromisse der Gesetzgebung in der vorparlamentarischen

rischen Phase diskret ausgehandelt wurden. Einige unterstellen sogar eine Manipulation des Volkswillens durch Interessensgruppen und die Korruption demokratischer Prozesse (Baeriswyl 2005).

3.1 _ «Crony capitalism»: Es gibt ihn!

Solche Vorwürfe muss man ernst nehmen: Wenn der Wettbewerb um das beste Produkt mit einem Rennen um die Gunst der einflussreichsten Politikerinnen und Politiker ersetzt wird, ist die Gefahr von «crony capitalism» gross. Damit würde der Staat der Wirtschaft besondere Privilegien gewähren und die Interessen der Produzenten vor jene der Konsumenten stellen. Einige Muster lassen sich auch in der Schweiz finden: darunter die vergünstigten Kredite und reduzierten Mehrwertsteuersätze in der Hotellerie, die Bürgschaften des Bundes für Wohnbaugenossenschaften, weiter auch das Konkurrenzverbot für ausländische Online-Casinoanbieter und Taxiunternehmen oder das Energiegesetz, das die Subventionstöpfe für die Energiebranche, die Bauwirtschaft und ihre Nebenbranchen weit öffnet.

Im Juni 2019 hat beispielsweise das Parlament die Revision des Gesetzes zum öffentlichen Beschaffungswesen mit einem Heimatschutzartikel unter dem Etikett «gleich lange Spiesse» verabschiedet. Bei öffentlichen Ausschreibungen im Inland können Schweizer Anbieter künftig auch dann zum Handkuss kommen, wenn ausländische Konkurrenten ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis offerieren, aber ihr Vorteil auf einem gegenüber der Schweiz tieferen allgemeinen Preisniveau im Produktionsland beruht. Faktisch geht es auch hier um eine einseitige Bevorteilung für inländische Betriebe. Die Liste der Gesetze, die eher im Sinne der betroffenen Branchen als der Verbraucher beschlossen wurden, ist lang.

Von allen Wirtschaftssektoren wissen aber die Bauern am besten, wie man in Bern lobbyiert. Sie erhalten pro Jahr eine staatliche Stützung von etwa 7 Mrd. Fr., doch nur etwa die Hälfte davon ist in Form von Direktzahlungen und anderen Beiträgen im Bundesbudget offengelegt. Die andere Hälfte fliesst indirekt, in Form von protektionistischen Massnahmen. Der Agrarsektor ist mit aktuell 15 Landwirten und einem Weinbauern im Parlament ausserordentlich gut in Bern vertreten. Ebenfalls häufig in den Eidgenössischen Räten zu finden sind Berufspolitiker sowie Professoren bzw. Lehrer. Nur eine kleine Anzahl der Räte ist heute hingegen im Banken- und Versicherungssektor tätig.

3.2 – Nachlassender Einfluss der Wirtschaftslobby in Bern

Dennoch hält sich der Mythos, wonach in der Schweizer Politik die Wirtschaft – genauer: die Grossunternehmen – die Fäden ziehe, hartnäckig. Bestimmt übt die Wirtschaft einen Einfluss auf die Politik aus. Glaubt man den empirischen Befunden aus der jüngsten politikwissenschaftlichen Forschung, ist die Durchgriffsmacht der Wirtschaft und ihrer Lobbys auf die Politik aber stark zu relativieren.

- So hat die direkte Vertretung von Unternehmen im Parlament stark abgenommen. Gava et al. (2017) stellen einen erheblichen Rückgang der Bindungen mit Unternehmen fest. Stark zugenommen hingegen haben die Bindungen zu Gruppen, die allgemeinere Interessen verfolgen. In dieser Kategorie am stärksten repräsentiert sind Menschenrechtsorganisationen, Umweltorganisationen, Tierschutz, Heimatschutz, und Vereine, die ideologische und politische Themen vertreten.⁷ Von den zwanzig Organisationen, die 2011 über die meisten Mandate in den Eidgenössischen Räten verfügten, fanden sich 16 Interessengruppen, drei staatliche Organisationen und nur ein einziges Unternehmen.
- Christiansen et al. (2017) verfolgen den Zugang von «korporatistischen Institutionen» – dazu gehören Wirtschaftsverbände, aber auch Gewerkschaften und Berufsverbände – in der Schweiz und in Dänemark bis 1985 zurück. Ihre Auswertung bestätigt den Rückzug der Unternehmen aus dem Parlament: Während in den 1980er Jahren die Wirtschaftsverbände noch dominierten, haben die Bürgervertretungen (citizen groups) im Parlament klar zugelegt. Seit den 1980er Jahren hat der Anteil der Interessenbindungen der Wirtschaft im Nationalrat um 20% abgenommen, während jener der Bürgervertretungen um 32% stieg.
- Sciarini (2014) räumt weiter mit der Vorstellung auf, dass Gesetze im Dickicht der vorparlamentarischen Phase, quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ausgehandelt würden. Nur der Anfang und das Ende der Vorbereitungsphase (die Ausarbeitung eines Vorschlags und der endgültige Beschluss des Bundesrats) gelten noch als sehr relevant. Die Hauptmechanismen der korporatisti-

7 Hilfswerke und Nonprofit-Organisationen waren im dem 2015 gewählten Parlament weiterhin die grösste Lobby. 119 Parlamentarier hatten 2016 ein Mandat aus dieser Branche angegeben (NZZ 2016).

schen Vermittlung (Expertenausschüsse und Konsultationsverfahren), bei denen früher der Einfluss der Verbände (und der Wirtschaft) geortet worden war, spielen mittlerweile eine marginale Rolle. Heute hat das Parlament das Sagen – wie es ihm laut Verfassung zusteht.

- Dazu kommt die «disziplinierende» Wirkung der direkten Demokratie auf das Abstimmungsverhalten der Politiker. Stadelmann et al. (2013) schätzen, dass in 76 % der Fälle Volksvertreter gleich wie die Wähler in ihrem Kanton entscheiden, wenn ein fakultatives Referendum droht.
- Schliesslich untersuchen Lutz et al. (2018) den Einfluss von Interessengruppen auf den Wahlerfolg von Nationalratskandidatinnen und -kandidaten in den Wahlen des Jahres 2015. Insgesamt finden sie keine Evidenz für einen Einfluss auf den Erfolg der Kandidaten durch die Unterstützung von Wirtschaftsverbänden und Firmen. Positiv auf die Wahlchancen wirkt sich hingegen die Unterstützung von Interessengruppen aus. Selbst unter den rechten Wählern hatte die Unterstützung durch öffentliche, zielorientierte Interessengruppen einen grösseren Einfluss auf den Wahlerfolg als eine Unterstützung, auch finanzieller Art, durch die Wirtschaft.

3.3 _ Unternehmen wehren sich vergeblich gegen mehr Regulierung

Unternehmen und ihre Verbände versuchen (wie auch Arbeitnehmervertreter oder Umweltorganisationen), politische Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Ihr Erfolg dürfte aber insgesamt deutlich begrenzter sein als gemeinhin angenommen. Denn die Wirtschaftsverantwortlichen zeigen sich stets sehr unzufrieden über das Ausmass der staatlichen Regulierung. Die meisten von ihnen sind klar der Meinung, dass das Regulierungsdickicht unaufhörlich wächst und vermehrt Kosten verursacht.

Wiederholt zeigte dies die jährliche Umfrage des WEF bei den Managern der grössten Schweizer Unternehmen (WEF 2019). Zwar wird in einer Einschätzung der wichtigsten Hindernisse für die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz an erster Stelle der Mangel an Fachkräften genannt. Die staatliche Regulierung kommt allerdings mit knapp 15 % Zustimmung an zweiter Stelle, dicht gefolgt von der Steuerregulierung mit 13 %. Dabei wird nicht die Steuerbelastung, sondern der administrative Aufwand im Zusammenhang mit der Steuerpflicht, also

die Steuerbürokratie, erfasst. Auf dem vierten Platz stehen mit einem Wert von 10 % die restriktiven Arbeitsmarktregulierungen (Buomberger 2014). Von den vier am meisten genannten Hindernissen für die wirtschaftliche und unternehmerische Weiterentwicklung der Schweiz stehen also drei in direktem Zusammenhang mit Regulierungen.

Weitere, detailliertere Einsichten liefert der Bürokratiemonitor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), der auf einer repräsentativen Umfrage von rund 2000 Unternehmen beruht (Seco 2019). Die Ergebnisse sind ernüchternd: Gut zwei Drittel (67,5 %) der Unternehmen erfährt die Belastung als (eher) hoch. Zudem meldet eine Mehrheit der Unternehmen zwischen 2014 und 2018 eine subjektiv wahrgenommene Zunahme an administrativen Belastungen. Diese Zunahme war im Bereich Arbeitsrecht und bei der Rechnungslegung/Revision am stärksten, was sich mit der WEF-Umfrage deckt. Erhoben wurde auch der effektiv anfallende administrative Aufwand. Dieser beläuft sich insgesamt auf 5,9 Mrd. Fr. pro Jahr. Hinzu kommt ein schwer zu beziffernder interner Aufwand, denn die Belastungen divergieren je nach Branche und Unternehmensgrösse stark: So gaben Grossunternehmen an, im Durchschnitt 1700 Stunden pro Monat für die Einhaltung von Vorschriften im Finanzbereich (Bankenregulierung, Finanzintermediäre) aufzuwenden. Bei den KMU lag der Durchschnittswert bei 4,7 Stunden pro Monat.

In der Tat gibt es klare Hinweise dafür, dass die Regulierungskosten, die den Unternehmen angelastet werden, zugenommen haben, sogar im Vergleich zum Ausland. Ein Bericht, der sich mit den Folgen der Regulierungen für die Wirtschaft befasst, ist der «Doing Business Report» der Weltbank (2020). Dieser untersucht Regulierungen für die Wirtschaft in rund 190 Volkswirtschaften anhand von 41 Einzelindikatoren. Beim Doing Business Report gilt aber nicht «je weniger Regulierung, desto besser», sondern es wird versucht, die Verbesserung resp. Verschlechterung der Regulierungen zu messen. Das heisst, es werden nicht nur die Kosten analysiert, sondern auch der Nutzen wird explizit berücksichtigt. So werden beispielsweise zusätzliche Regulierungen, die die Investoren besser schützen, positiv beurteilt.

Das Weltbank-Ranking zeigt, dass sich die Schweiz in den letzten Jahren laufend verschlechtert hat – von Platz 11 im Jahr 2005 auf Platz 38 im Jahr 2019. Hervorzuheben ist, dass in dieser Erhebung ein wichtiger Standort-Konkurrent

der Schweiz, Deutschland, mittlerweile auf Rang 24 besser platziert ist. Ebenfalls höher eingestuft werden die USA, Dänemark, Norwegen, Grossbritannien, Finnland, Schweden sowie die Niederlande. Das regulatorische Umfeld der Schweizer Unternehmen hat sich also nicht nur absolut, sondern auch relativ verschlechtert, was die angebliche politische Macht der Schweizer Wirtschaft in einem anderen Licht erscheinen lässt.

3.4 _ Unternehmen investieren wenig in Interessenvertretung

Öffentlich verfügbare Daten zur Finanzierung der Politik sind in der Schweiz spärlich. Unser Land wertete bisher die Privatsphäre der Spender als sehr hoch, was sich in milderer Offenlegungsregeln für die Parteienfinanzierung als in vielen europäischen Ländern oder in den USA niedergeschlagen hat.

Dennoch lassen die verfügbaren Angaben einige Rückschlüsse zur finanziellen Bedeutung dieser Aktivitäten zu. So befragte 2017 der Verein Actares die Unternehmen im Swiss Market Index (SMI), ob und in welchem Umfang sie an politische Parteien, Kandidierende, Abstimmungskomitees oder die politische Arbeit von Verbänden spenden (Actares 2017).

- Von den 17 SMI-Mitgliedern spendeten neun Unternehmen direkt an Parteien. Drei Firmen unterstützten auch Kandidierende. Die Summe aller Parteispenden der SMI-Unternehmen für die Jahre 2015 und 2016 belief sich auf ca. 5,5 Mio. Fr.
 - Fünf SMI-Unternehmen gaben an, Kampagnen über spezifische Komitees finanziell zu unterstützen, legten aber für diese Kategorie die involvierten Summen nicht offen. Sieben Unternehmen gaben an, Verbände zu unterstützen.
 - Die Bank Julius Bär nannte als einziges Unternehmen Zahlen zu den Kampagnenspenden für Abstimmungskämpfe. Sie unterstützte in den Jahren 2015 und 2016 die Kampagnen gegen die Durchsetzungsinitiative, für die Unternehmenssteuerreform III und einige lokale Anliegen mit insgesamt 85 000 Fr.
- Auch wenn diese Zahlen unvollständig sind, verdienen sie in einen breiteren Kontext gestellt zu werden. Die 5,5 Mio. Fr., die innerhalb von zwei Jahren als Spenden von den grössten börsenkotierten Unternehmen an die Schweizer Parteien flossen, mögen zwar auf den ersten Blick nach einer anständigen Summe aussehen. Sie werden jedoch verschwindend klein, wenn man sie etwa dem um den Faktor 45 höheren Werbebudget der Detailhändler Migros (258 Mio. Fr. pro

Jahr) und Coop (250 Mio. Fr.) gegenüberstellt. Insgesamt geben die Schweizer Unternehmen gut 4,5 Mrd. Fr. pro Jahr für Werbung aus (Werbestatistik Schweiz 2020). Auch wenn die genauen Ausgaben der Wirtschaft für Lobbying und Campaigning nicht genau bekannt sind, und die Grauziffer hoch bleibt, lässt sich mit grosser Sicherheit sagen, dass diese nur einen Bruchteil der Werbebudgets ausmachen. Ganz offensichtlich investieren die Unternehmen also in die Beeinflussung der Kunden bzw. Konsumenten viel mehr Geld als für die Interessenvertretung gegenüber der Politik. Und dies, obschon sie nach Schweizer Gesetz beinahe unbegrenzte Summen für Lobbyingaktivitäten ausgeben dürften, und zwar nahezu ohne Dokumentationspflicht.

3.5 _ Jenseits der Politik: Verschiebung der Marktmacht

Nicht nur auf der politischen Ebene ist die Macht der Unternehmen zurückgegangen. Auch wirtschaftlich hat das einzelne Unternehmen an Macht eingebüsst. Dies ist in erster Linie auf eine spürbare Intensivierung des Wettbewerbs in den letzten 20 bis 30 Jahren zurückzuführen. Haupttreiber dieser Entwicklung waren die Liberalisierung einst staatlich geschützter Wirtschaftsbereiche, die Globalisierung sowie das Aufkommen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Gerade letzteres hat dazu geführt, dass die Konsumenten längst nicht mehr das schwächste Glied im Wirtschaftssystem sind, als das sie in der Vergangenheit regelmässig dargestellt wurden. So wurde der Schutzbedarf der Konsumenten traditionell damit begründet, dass zwischen den Anbietern von Gütern und den Konsumenten ein Informationsungleichgewicht bestehe: Die Konsumenten müssen vor Benachteiligung, Ausnutzung und Übervorteilung durch besser informierte Dritte (sprich: Unternehmen) bewahrt werden.

Das Bild des wehrlosen Konsumenten war bis zu einem gewissen Grad schon immer ein Zerrbild. Es entspricht in der heutigen Informationsgesellschaft erst recht nicht mehr der Realität. Die Digitalisierung unseres Lebens hat in vielen Bereichen zu einem «consumer empowerment» geführt. Noch nie waren die Suchkosten für Informationen tiefer als heute, was sich in einer entsprechend hohen Informationsdichte spiegelt. Dabei kommt vor allem dem Internet eine zentrale Rolle zu: Mittels einer einfachen Suchanfrage lassen sich weltweit und in Echtzeit Produktinformationen beschaffen. Dass das Internet von den Schweizer Konsumenten rege genutzt wird, zeigen die folgenden Zahlen: Schon 2015

wurden in der Schweiz in 55 % der Fälle vor dem Kauf eines Produktes eine Recherche im Internet vorgenommen, in 17 % der Fälle war das Internet sogar die einzige konsultierte Informationsquelle (Consumer Barometer 2015). In der Zwischenzeit dürften diese Zahlen weiter gestiegen sein. Die in der Konsumentenpolitik traditionelle Annahme des schlecht informierten Konsumenten, den es vor den «ausbeuterischen» Unternehmen zu schützen gilt, verkommt zusehends zum Anachronismus. Immer mehr entwickelt sich der Konsument überdies vom passiven Informationsrezipienten zum aktiven Informationsbeschaffer und -vermittler: In sozialen Netzwerken, Online-Foren oder Blogs werden Erst- und Zweitmeinungen ausgetauscht, Empfehlungen abgegeben und technische Debatten geführt.



04 Was Unternehmen wirklich leisten

4.1_ Arbeiterparadies Schweiz	_ 42
4.2_ Unternehmen haben in der Schweiz die Frauen ermächtigt	_ 44
4.3_ Unternehmen als Ort des Lernens	_ 48

4.1 – Arbeiterparadies Schweiz

Trotz Corona-Pandemie: Im internationalen Vergleich sticht unser Arbeitsmarkt positiv heraus – so sehr, dass die Schweiz zu Recht als «Arbeiterparadies» betitelt wird (Tagesanzeiger 2013). Mit einer Erwerbsquote von über 80 % verzeichnet die Schweiz den zweithöchsten Wert in der OECD; gleichzeitig befindet sich die Erwerbslosenquote mit rund 4 % seit geraumer Zeit auf einem tiefen Niveau (BFS 2020). Seit der Überwindung des Frankenschocks sind die Reallöhne sogar schneller als die Produktivität der Arbeit gestiegen (KOF 2019). Insbesondere die Tieflohnsegmente profitierten vom Lohnwachstum der vergangenen Jahre, was zu einer tiefen Lohnungleichheit beigetragen hat (BFS 2018). Sowohl in Bezug auf den Durchschnittsverdienst als auch auf dessen Verteilung in der Erwerbsbevölkerung bieten Schweizer Unternehmen im internationalen Vergleich äusserst gute Konditionen an (OECD 2016).

Wichtiger noch: Unter den Industrienationen gehört die Schweiz zu den Ländern mit der höchsten – wenn nicht sogar der höchsten – Lohnmobilität (Chuard und Grassi 2020). Anders als die Vereinigten Staaten, die einst für den «American Dream» berühmt waren, besteht in der Schweiz ein deutlich geringerer Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Kinder mit jenem ihrer Eltern. Chuard und Grassi (2020) messen, dass hierzulande ein um 10 % höheres Vaterseinkommen mit einem um 1,4 % höheren Einkommen des Sohnes einhergeht. In den USA liegt dieser Wert bei 4,5 %. Im Durchschnitt verdient in der Schweiz ein Nachkomme im Alter um die dreissig mit einem Vater aus dem untersten Perzentil der Lohnverteilung jährlich nur 12 000 Fr. weniger als ein gleichaltriges Kind mit einem Vater aus dem ersten Prozent der Lohnverteilung. Entsprechend schwach ist die Beziehung zwischen der Position der Eltern in der Einkommensverteilung und jener ihrer Kinder. Rund 16 % der Nachkommen von Eltern aus den obersten 20 % (5. Quintil) der Lohnverteilung landen in den untersten 20 % (1. Quintil), während rund 13 % der Kinder aus Haushalten der untersten 20 % das oberste Quintil erreichen.

Kritiker mögen an dieser Stelle einwenden, dass es sich hierbei ausschliesslich um monetäre Indikatoren handelt, die nur wenig über die Qualität der Arbeit aussagen. Doch auch wer sein Augenmerk auf die «weichen» Faktoren richtet, findet viel Positives zum Schweizer Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse des Job Quality Index der OECD bestätigen, dass die hiesigen Unternehmen ein gutes

Arbeitsumfeld pflegen (OECD 2016). So liegt die Schweiz in der Kategorie Arbeitsplatzsicherheit an dritter Stelle, hinter Norwegen und Island.⁸ Der arbeitsbedingte Stress ist – im Gegenteil zum hartnäckigen Mythos der arbeitsamen Schweizerinnen und Schweizer – vergleichsweise gering: Nur in Finnland finden sich noch weniger Erwerbstätige, die über Stress am Arbeitsplatz klagen. Zudem fühlt sich in der Schweiz ein geringer Anteil der Beschäftigten von ihrer Arbeit im Privatleben stark beeinträchtigt: Auf einer Skala von 0 (überhaupt keine Beeinträchtigung) bis 10 (sehr starke Beeinträchtigung des Privatlebens) gaben nur 13,4 % einen Wert von 8 oder mehr an. Schliesslich werden die Arbeitsplätze in der Schweiz auch gesundheitlich immer sicherer. Die Häufigkeit von Berufsunfällen ist zwischen 2008 und 2017 um 12 % auf 63 Umfälle pro 1000 Vollbeschäftigte gesunken. Sogar mehr als halbiert hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der tödlichen Berufsunfälle (von 3,2 auf 1,4 pro 100 000 Beschäftigte). Insgesamt zeichnen all diese Indikatoren ein beneidenswertes Bild der Arbeiterschaft in der Schweiz. Wenig überraschend ist daher die Tatsache, dass es hierzulande nur sehr selten Störungen des Arbeitsfriedens gibt: Jahraus, jahrein gehen pro 1000 Angestellte nur drei Arbeitstage durch Streiks verloren.

Keine «bullshit jobs»

Obschon die Politik es vorzieht, konsequent die Bedeutung der KMU für unseren Wohlstand zu betonen, sind die Zustände im «Arbeiterparadies» Schweiz nicht zuletzt den ansässigen Grossunternehmen zu verdanken. Über den Zeitraum von 2005 bis 2017 wurden fast 1,5 Mio. zusätzliche Stellen geschaffen. Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern waren überproportional daran beteiligt: Obwohl sie weniger als einen Fünftel der Angestellten beschäftigten, schufen sie einen Viertel der neuen Stellen (BFS 2019a).

Dennoch vernimmt man den Vorwurf, die zusätzlichen Stellen in den Konzernen hätten keine Existenzberechtigung, seien sinnentleert und dienten nur dazu, Vollbeschäftigung zu suggerieren. So formulierte es der US-amerikanische Anthropologe David Graeber, der seine These unter dem Schlagwort «bullshit

⁸ Der Indikator zur Arbeitsplatzsicherheit umfasst das Arbeitslosigkeitsrisiko und die Höhe der Entschädigungen der Arbeitslosenversicherung.

jobs» zusammenfasste, und der es auch in Schweizer Medien zu grosser Resonanz schaffte (Graeber 2018). Demnach würden in Grossunternehmen zunehmend unnötige Hierarchiestufen und Fülljobs geschaffen, die dem Leerlauf dienen und keinen Beitrag zur Produktivität leisten. Die Halter solcher «bullshit jobs» seien sich dieser Sinnlosigkeit sogar bewusst, führt Graeber aus.

Findet solch sinnloses Herumreichen von Papierstapeln in Schweizer Grosskonzernen statt? Eine repräsentative Umfrage unter Beschäftigten in der Schweiz unterscheidet zwischen Angestellten verschiedener Unternehmensgrössen und widerlegt die These des Anthropologen, wonach sich eine Diskrepanz zwischen den Beschäftigten in Grosskonzernen und KMUs auftrue. In beiden Kategorien schreibt eine Mehrheit der befragten Personen ihrer Tätigkeit eine hohe Bedeutung zu (Fors 2013).

Einblicke in die Beschäftigung bei Gross- und Kleinunternehmen bietet die Befragung ebenfalls zur Einschätzung der Absichten des Arbeitgebers und zur subjektiven Arbeitsplatzzufriedenheit der Angestellten. Auch hier zeigen sich keine auffallenden Unterschiede zwischen Gross- oder Kleinbetrieben. Diese werden generell gut bewertet, und die meistgenannte Antwort ist bei Angestellten aller Unternehmensgrössen dieselbe.

Beim Lohn spielt hingegen die Grösse eines Unternehmens eine signifikante Rolle. Generell gilt: je grösser ein Unternehmen, desto höher die Löhne und desto kleiner der Anteil an Tieflohnstellen. Im Jahr 2016 lag der Anteil von Tieflohnempfängern bei 6 % für Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten, aber bei beträchtlichen 22 % bei kleinen Unternehmen (BFS 2019b). Für ein gegebenes Arbeitnehmerprofil (Qualifikation, Alter, Geschlecht und Branche) zahlen Unternehmen der Privatwirtschaft mit 250 Beschäftigten oder mehr rund 15 % höhere Löhne als Klein- und Mittelbetriebe (BFS 2019b).

4.2 _ Unternehmen haben in der Schweiz die Frauen ermächtigt

Die Emanzipation der Frauen zählt in der westlichen Welt zu den grossen Erfolgen des vergangenen Jahrhunderts – nicht nur in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht, sondern auch in ökonomischer. Dieser letzte Aspekt der Gleichstellung wurde lange vernachlässigt. Auch hierzulande galt der Fokus lange den politischen Rechten – verständlicherweise, denn die Schweiz war kein Vorreiter.

Doch damit wurde auch der wichtigen Rolle, die Unternehmen für die Gleichstellung gespielt haben, etwas zu wenig Beachtung geschenkt. Es geht nämlich leicht vergessen, dass Frauen lange Zeit kaum Aussichten auf ein selbstbestimmtes, wirtschaftlich unabhängiges Leben hatten, da ihnen aufgrund der «traditionellen» Arbeitsaufteilung der Zugang zu familienexternen Subsistenzmöglichkeiten verwehrt blieb (Horwitz 2015).⁹

Die Verdienstmöglichkeiten ausserhalb der Familien waren eng mit der Verfügbarkeit von «Lohnarbeit» in Unternehmen verknüpft – oder gar mit der Gründung von eigenen Betrieben (Parzer-Epp und Wirz 2014). Das eigene Haus wurde von einem Ort der Produktion zu einem Ort des Konsums. Dies gilt umso mehr heute, als die Entlohnung der Frauen in den vergangenen dreissig Jahren kontinuierlich und deutlich aufgeholt hat und die Familien von der Möglichkeit, die Haus- und Familienarbeit zu externalisieren, vermehrt Gebrauch machen (Müller und Salvi 2019).

Die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit ist heute also nicht mehr an das Geschlecht gebunden – Frauen stehen mittlerweile alle Berufe offen und es spricht nichts mehr dagegen, dass sich Männer zu Hause um Kind und Haushalt kümmern. Trotz diesen bemerkenswerten Errungenschaften hat sich die Geschlechterlücke im Privat- und Arbeitsleben noch nicht ganz geschlossen: Einerseits zeichnen sich die geschlechtsspezifische Berufs- und Studienwahl sowie die unterschiedlichen Erwerbsbiografien in Lohnunterschieden und geringerer weiblicher Präsenz auf Führungsetagen ab. Andererseits übernehmen Frauen nach wie vor den höheren Anteil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit, was zur Vorsorgelücke bei den Altersrenten beiträgt (Swiss Life 2019).

Doch was ist nötig, um die letzte Meile der Gleichstellung zurückzulegen? Diese Frage rückt immer stärker in die öffentliche Diskussion: Es wird einiges gefordert – von der Politik, der Gesellschaft und nicht zuletzt von den Unternehmen. Letzteren kommt eine wichtige Aufgabe bei der Förderung der Gleich-

⁹ Im Zeichen des Arbeitnehmerinnenschutzes wurden die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in Unternehmen zudem gesetzlich erschwert. Diese «Schutzmassnahmen» beruhten jedoch keinesfalls nur auf biologischen Ursachen (z.B. Schwangerschaft), sondern – neben fragwürdigen Annahmen über geschlechterbedingte Differenzen in der Arbeitsfähigkeit – vor allem auf der Auffassung, dass sich Frauen um Familie und Haushalt zu kümmern haben (Wecker et al. 2001).

stellung im Erwerbsleben zu, da sie direkten Einfluss auf Personalentscheidungen und Anstellungsbedingungen nehmen können. So war beispielsweise die Flexibilisierung hinsichtlich des Anstellungsgrads eine wichtige Voraussetzung für den vermehrten Verbleib von Müttern im Arbeitsmarkt (Salvi et al. 2015).

In den vergangenen Jahren wurde der Fokus stärker auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelegt – Homeoffice, flexible Arbeitszeiten, Elternurlaube, Kitas, Jobsharing und vieles mehr sollen zu einer besseren Gleichstellung beitragen. Einige Jahre vor der Politik haben zahlreiche – vor allem grosse – Unternehmen auf das Bedürfnis ihrer Angestellten, Berufs- und Familienleben besser unter einen Hut zu bringen, reagiert. Auch wenn die Gesetzgebung noch nicht vollständig auf die modernen Arbeits- und Lebenswelten abgestimmt ist, ermöglichen bereits heute viele Unternehmen ihren Angestellten eine gewisse Flexibilität im Arbeitsalltag: Mittlerweile kann fast die Hälfte der Arbeitskräfte in der Schweiz von (teilweise) flexiblen Arbeitszeiten profitieren (BFS 2019c). Dem Grossteil der Eltern wird zudem vom Arbeitgeber ermöglicht, Anfang und Ende der Arbeitstages aus familiären Gründen anzupassen (BFS 2019d). Nicht nur bei den Arbeitszeiten, auch beim Arbeitsort gewähren Unternehmen immer mehr Flexibilität: Auch vor der Corona-Pandemie wurde Homeoffice besonders von Arbeitnehmenden mit Kindern (rund 30 %) genutzt (BFS 2019e).

Der Tatsache, dass der Mutterschaftsurlaub in der Schweiz zu den kürzesten Europas zählt und bis vor kurzem noch kein Vaterschaftsurlaub existierte, wirken manche Unternehmen mit mehrwöchigen Auszeiten für Neu-Eltern entgegen. Gerade in grösseren und international ausgerichteten Firmen gehört das Angebot eines Eltern- oder Vaterschaftsurlaubs heute zum Standard (Tagesanzeiger 2019). Einige Unternehmen setzen vermehrt auf betriebseigene Kitas, unter anderem um sich bei der Mitarbeiterrekrutierung von der Konkurrenz abzuheben (Handelszeitung 2015). Andere beteiligen sich an den Kosten für die Kinderbetreuung, und in einigen Westschweizer Kantonen finanzieren Unternehmen die Betreuungskosten über einen Fonds mit (Stern et al. 2015).

Die verbleibenden gesellschaftlichen Hürden, wie beispielsweise geschlechterspezifische Rollenbilder, sind jedoch nicht zu unterschätzen. Dafür aber die Unternehmen verantwortlich zu machen, wäre verfehlt. Die Rollenbilder haben sich zwar in den letzten Jahrzehnten aufgeweicht, sind aber weiterhin vorhanden und können die Karriereentscheidungen von Frauen und Männern beein-

flussen (Maihofer et al. 2018). Umso wichtiger ist es dann, dass Unternehmen die Bedeutung der Förderung der Gleichstellung erkennen und ihre Mitarbeitenden für diese Themen sensibilisieren: Gerade Grossunternehmen investieren vermehrt in Programme und Kampagnen zur Förderung der Diversität und Gleichstellung im Berufsleben (Handelszeitung 2018). Mittels einfacher Anpassungen der Anstellungsbedingungen können sie direkten Einfluss auf gleichstellungspolitische Probleme nehmen. Dies zeigt sich auch an der Altersvorsorge: Auswertungen von Swiss Life (2019) weisen darauf hin, dass bereits viele Unternehmen auf den Koordinationsabzug bei der Pensionskasse verzichten oder diesen an das Pensum koppeln und somit zur Reduktion der Pensionskassenlücke beitragen.

Box 4

Wirksame Integration von ausländischen Arbeitskräften – und Flüchtlingen

Eine Arbeitsstelle ist oft Schlüssel für die Inklusion in die Gesellschaft, sprich für die Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes, materiell wie kulturell. Dies ist besonders der Fall bei der Integration von Flüchtlingen. Die Gründe, die aus Unternehmenssicht für die Integration einer zugewanderten Person sprechen, reichen von fehlenden Arbeitskräften im Unternehmen, unbesetzten Lehrstellen bis hin zur sozialen Mitverantwortung und die Aussicht auf kostengünstige Arbeitskräfte (SEM 2018). Zentral für die Beschäftigung von Flüchtlingen ist die Dauer, für die ein Flüchtling angestellt bleibt. Für über 70% der Firmen ist relevant, dass die Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel erhalten, der ihnen einen Aufenthalt über mehrere Jahre ermöglicht. Die fehlende Rechtssicherheit bezüglich dem Aufenthaltsstatus ist für Schweizer Firmen die grösste Unsicherheit bei der Beschäftigung von vorläufig aufgenommenen Personen (SEM 2018). Insbesondere bei Lehrlingen sollte die Aufenthaltsdauer bis zum Lehrabschluss gegeben sein. Trotzdem gibt es Best-Practice-Beispiele von Unternehmen in der Schweiz, die wirkungsvoll die Anstellung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen erhöhte. Ikea Schweiz startete 2016 ein Programm für sechsmonatige Praktika. Ziel war es, die Flüchtlinge auch nach Abschluss des Praktikums anzustellen. In der Evaluation des Pilotprojekts hält Ikea fest, dass insbesondere die internationale Ausrichtung des Unternehmens sowie die interkulturellen Trainings für Mitarbeitende und Programmteilnehmende hilfreich waren. Initiativen starteten auch Micarna und Planzer, die Integrationsvorleben in Kombination mit Sprachtrainings und schulischen Grundkursen anbieten. Beide Unternehmen verfolgen mit ihren Programmen das Ziel, die Flüchtlinge nach den Kursen in einer Lehre weiter zu beschäftigen.

4.3 – Unternehmen als Ort des Lernens

Leicht geht vergessen, welche Verantwortung die Unternehmen im Schweizer Bildungssystem übernehmen. Sie sind wesentlich an der Erfolgsgeschichte der Berufsbildung beteiligt, indem sie das Fundament für die Ausbildung der Jugendlichen schaffen. Die Effizienz der öffentlichen Mittel liegt bei der vollschulischen Berufsausbildung deutlich tiefer als bei der betrieblich basierten Ausbildung, obwohl formal beide zu einem identischen Abschluss führen (SKBF 2018). Mit anderen Worten wird ein Teil der Kosten in der betrieblichen Ausbildung von den Unternehmen getragen. Die Unternehmen entlasten so die öffentliche Hand in der Finanzierung der Ausbildung. Verständlich, dass sich viele ausländische Nationen für die duale Ausbildung interessieren. Rund zwei Drittel der Jugendlichen eines Abschlussjahrgangs beginnen in der Schweiz eine Berufsausbildung (BFS 2019f). 2019 wurden 213 600 Lehrverhältnisse registriert (BFS 2019g). Im Schnitt ziehen Unternehmen einen positiven Nutzen aus der Ausbildung Jugendlicher. Je nach Branche und Grösse des Unternehmens kann dieser aber auch negativ sein (Wolter et al. 2003). So zahlen grössere Betriebe einen höheren Lehrlingslohn, wodurch sich ihr Nettonutzen verringert (Gehret et al. 2019).

Die Unternehmen tragen mit der frühen Einbindung der Jugendlichen in die Betriebe vor allem zu einer tiefen Jugendarbeitslosigkeit bei (Bolli et al. 2017). Eine internationale Studie von Bolli, Egg und Rageth (2017) hat gezeigt, dass Länder mit umfangreicher betrieblicher Ausbildung sowohl eine tiefere Arbeitslosenquote als auch bessere Arbeitsbedingungen für die Jugendlichen (höherer Lohn, keine unfreiwillige Teilzeitarbeit etc.) aufweisen. Eine Korrelation zwischen Berufslehre und Jugendarbeitslosigkeit herzustellen, ist aber zu vereinfachend. Konjunktur, Arbeitsmarktregulierung oder Sozialpolitik müssen in solchen Analysen ebenso berücksichtigt werden.

Zu Recht genießt die Berufslehre in der Schweiz ein grosses Ansehen, und in den meisten Fällen entspricht sie immer noch der Idealvorstellung eines Bildungsabschlusses für die eigenen Kinder (Cattaneo und Wolter 2016). Ohne die aktive Unterstützung der Unternehmen funktioniert sie jedoch nicht.

Unternehmen bilden weiter

Unternehmen bilden aber nicht nur Jugendliche aus, sondern auch ihre Mitarbeiter. Knapp 90% aller Firmen in der Schweiz boten 2015 in irgendeiner Form

Weiterbildungen an (BFS 2017). Das ist im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Grössere Unternehmen sind in der Tendenz aktiver als kleinere. Sie stellen häufiger Budgetpositionen bereit, um die Mitarbeiter gezielt weiterzuentwickeln.

Dies spiegelt sich auch in den höheren Teilnahmequoten der Beschäftigten an betrieblich unterstützten Kursen. Total wurden 94 % der von den Mitarbeitern besuchten berufsorientierten Weiterbildungen von den Unternehmen in irgendeiner Form (finanziell oder zeitlich) unterstützt. Dabei werden keinesfalls ausschliesslich Schweizer Fachkräfte gefördert. Während 60 % der Schweizer Arbeitnehmenden bei nichtformalen Bildungsaktivitäten und 7 % bei formalen Bildungen unterstützt werden, sind es bei den Ausländern 50 % bei nichtformalen Bildungsaktivitäten und 4 % bei formalen (BFS 2014). Die Themen der Kurse reichen von Informatik über Sprachen bis hin zu Persönlichkeitsbildung. Im Schnitt wenden Arbeitgeber 1495 Fr. pro Teilnehmer für einen Kurs auf.



05 Steuerleistung von Unternehmen

5.1_ Im Dienste des Staates: Unternehmen als Steuervögte	_ 52
5.2_ Steuerhinterziehung – keine Sache der Unternehmen	_ 53
5.3_ Steuerbelastung höher als gemeinhin angenommen	_ 55
5.4_ Ausmass (und Bedeutung) der Steueroptimierung wird überschätzt	_ 57

An den Unternehmen, vor allem an den multinationalen, haftet das Image von Steuervermeidern. Doch wie steht es mit der Steuermoral der Schweizer Wirtschaft? Beruht unser Wohlstand, wie manchmal unterstellt wird, auf dubiosen Steuerpraxen? Nachdem das Bankgeheimnis in Steuerangelegenheiten stark eingeschränkt wurde, bildet vielleicht die Unternehmensbesteuerung das neue «Herz der Finsternis» unserer Volkswirtschaft? Und schneiden die natürlichen Personen in Sachen Steuermoral tatsächlich besser als die juristischen ab?

5.1 _ Im Dienste des Staates: Unternehmen als Steuervögte

Bevor die Antworten auf die obigen Fragen skizziert werden, soll zuerst auf die zentrale, und dennoch verkannte administrative Rolle der Wirtschaft für das Steuersystem hingewiesen werden. Die Privatwirtschaft übernimmt in diesem Bereich Funktionen, die typische Staatsaufgaben sind. Denn nicht nur tragen Unternehmen einen wesentlichen Teil der Steuerlast; über die Jahre sind sie zum Aufbau einer Art parallelen Steuerverwaltung verpflichtet worden. In den Diensten von Bund, Kantonen und Gemeinden treiben sie mittlerweile die Mehrheit der Steuereinnahmen ein. So rechnet die OECD, dass die Wirtschaft im Jahr 2014 die Verantwortung («legal remittance responsibility») für das Eintreiben und Überweisen von 42,7 Mrd. Fr. an «fremden» Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen trug; das heisst Steuern, die rechtlich von anderen Steuersubjekten geschuldet waren (OECD 2017). Die Mehrwertsteuer machte rund die Hälfte dieses Betrages aus, während die andere Hälfte auf das Konto der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer ging (vgl. Tabelle 1). Einen etwas höheren Beitrag von 49,3 Mrd. Fr. lieferten die Unternehmen für Abgaben ab, bei denen sie rechtlich die Steuerschuld tragen («legal tax liability»). Dazu gehören die Unternehmensgewinnsteuer, arbeitgeberseitige Beiträge an die staatlichen Sozialversicherungen, sowie gewisse Verbrauchssteuern. Insgesamt trieb die Wirtschaft im Jahr 2014 rund 53 % der gesamten fiskalischen Einnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden ein.¹⁰ Diese hohe Quote mag erklären, warum bei Umfragen

¹⁰ Diese Summen wären noch wesentlich höher, wenn man ferner die Beiträge der Berufsvorsorge, die in der Klassifizierung der OECD nicht zu den Steuereinnahmen gezählt werden, berücksichtigen würde.

zum Ausmass und Umfang der Regulierung der steuerbedingte, administrative Aufwand als grosse Belastung genannt wird (vgl. Kapitel 3.3).

Tabelle 1

Die Unternehmen als Steuereintreiber

Die Tabelle zeigt, welche grosse Bedeutung die Unternehmen im schweizerischen Steuersystem als Steuereintreiber haben. Die gesamthaft über die Unternehmen direkt oder indirekt eingesammelte Summe betrug 92 Mrd. Fr.

Steuerart	Steuerschuld lastet rechtlich auf Unternehmen (in Mio. Fr.)	Unternehmen für die Überweisung der Steuer zuständig	Bemerkungen
Gewinnsteuer jur. Personen	18 075		Körperschaftssteuern
Einkommenssteuer nat. Personen	980		Quellenbesteuerte Arbeitnehmende
Sozialversicherungsbeiträge			AHV/IV/E0, ohne Beiträge zur 2. Säule
zulasten der Arbeitgeber	19 798		inkl. Selbständige
zulasten der Arbeitnehmer		19 991	
Verbrauchssteuern	8 097		Mineralölablage, Tabak- und Alkoholsteuer u.a.
Mehrwertsteuer		22 728	inkl. Stempelabgaben zulasten der Verkäufer
Fahrzeugsteuern	2 076		LSVA u.a.
Übrige Steuern zulasten der Unternehmen	247		
Total	49 273	42 719	

Quelle: OECD (2017), Daten für 2014

5.2 _ Steuerhinterziehung – keine Sache der Unternehmen

Der Einsatz der Wirtschaft zugunsten der Steueradministration bietet aber noch keinen direkten Rückschluss auf ihre Steuermoral. Es lohnt sich, auf die Unter-

scheidung zwischen Steuerhinterziehung sowie -betrug («non-compliance», illegal) einerseits und Steuervermeidung («avoidance», legal) andererseits zurückzugreifen, wobei die Grenze zwischen diesen zwei Kategorien gelegentlich fließend ist (Slemrod 2018). Ein erstes, grobes Indiz für das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz liefern statistische Angaben zum Niveau der Schattenwirtschaft. Darunter versteht man die Produktion und den Vertrieb von Dienstleistungen, die zwar nicht illegal sind, aber der Regulierung und der Besteuerung entzogen werden.¹¹ Schätzungen der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Schattenwirtschaft sind mit Vorsicht zu geniessen: Die dabei verwendeten Methoden bleiben umstritten (Feige 2016). Im internationalen Vergleich gilt gemeinhin jedoch als gesichert, dass die Schattenwirtschaft in der Schweiz eher unbedeutend ist. Schneider (2017) schätzt das Niveau der Schattenwirtschaft auf 6,2 % des BIP, deutlich tiefer als im Durchschnitt der OECD-Länder (11,9 %) und von den Spitzenwerten Griechenlands (22 %) oder Italiens (20 %) weit entfernt.

Zahlreiche weitere Anstrengungen wurden geleistet, um das Ausmass der Steuerhinterziehungsaktivitäten zu bestimmen. Schmutz (2016) dokumentiert akribisch sämtliche Ansätze, die in der Schweiz bis anhin verfolgt wurden. Sein Fazit ist ernüchternd: Ohne umfassende Schätzungen der Steuerbehörde sind präzise Aussagen kaum möglich. Amtliche Schätzungen des «tax gap», also der Differenz zwischen tatsächlichen und geschuldeten Steuereinnahmen, sind in einigen wenigen Ländern vorhanden, nicht jedoch in der Schweiz.¹² Dennoch liefern diese Berichte auch für unser Land nützliche Hinweise. Sie machen deutlich, dass die Steuerlücke zum grossen Teil auf die unvollständige Erfassung des Einkommens der natürlichen Personen zurückzuführen ist, nicht der juristischen. Die IRS, die US-amerikanische Steuerbehörde, führt gar 71 % der inländischen Steuerlücke von 381 Mrd. \$ auf diese Quelle zurück, und lediglich 8,3 % auf die Hinterziehung der Unternehmensgewinnsteuer (Johnson und Rose 2019).¹³

11 Das typische Beispiel ist hier die Schwarzarbeit, die zur Hinterziehung von Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträge führt.

12 Tax-gap-Schätzungen der Steuerbehörden sind für Dänemark, Schweden, Grossbritannien und die USA vorhanden. Siehe Schmutz (2016) für Details.

13 In den USA ist die Steuerlücke bei der Einkommenssteuer der natürlichen Personen pro geschuldetem Steuerdollar rund 2,2 Mal grösser als bei der Unternehmensgewinnsteuer.

Besonders anfällig auf Unterlassungen ist das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit. Die dänische Steuerbehörde schätzt, dass 38 % der Steuerlücke aus der Untererfassung dieser Einkommensart stammt. In Schweden geht gut die Hälfte des «tax gap» auf das Konto der Selbständigen. Ein möglicher Grund liegt darin, dass die Einkommensangaben der Selbständigen in grösserem Ausmass auf Selbstdeklarationen beruhen als bei Firmen. Bei der Unternehmensgewinnsteuer oder bei der Besteuerung von Kapitalerträgen sowie bei der Mehrwertsteuer sichern externe Kontrollmechanismen, wie Revision, Verrechnungssteuer und detaillierte Abrechnungen von Lieferanten eine genauere Erfassung.

Für inländische Begünstigte reduziert die Verrechnungssteuer auf dem Ertrag beweglicher Kapitalvermögen (vorab Zinsen und Dividenden) stark den Anreiz, Kapitaleinkommen nicht zu deklarieren, weil der Steuersatz von 35 % deutlich über dem geschuldeten Satz liegt.¹⁴ Nur für natürliche Personen, die gemäss kantonalem Steuerrecht zudem einer Vermögenssteuer und eventuell auch einer Erbschaftsteuer unterliegen, verbleibt ein residualer Anreiz, Vermögenswerte vor dem Fiskus zu verbergen. Deshalb betreffen die meisten Schätzungen der Steuerhinterziehung in der Schweiz nicht deklarierte Vermögenswerte. Diese Schätzungen liegen weit auseinander, nämlich zwischen 100 und 500 Mrd. Fr. (Schmutz 2016). Dies entspricht zwischen 2,5 % und 13,5 % des Nettovermögens der privaten Haushalte. Wie auch immer: Diese Zahlen suggerieren, dass natürliche Personen deutlich häufiger zu den Steuerbetrügnern gehören dürften als Firmen.

5.3 _ Steuerbelastung höher als gemeinhin angenommen

Ein weiterer, separater Kritikstrang gilt der Höhe der Unternehmensbesteuerung. Unternehmen würden sich – vor allem nach den seit 1990 durchgeführten Steuerensenkungen – ungenügend an den Infrastrukturkosten und an den Kosten zur Erbringung von staatlichen Leistungen beteiligen, lautet der Vorwurf. Denn ohne diese Infrastruktur, so das Argument, wäre die Qualität des Unternehmens-

14 Für den ausländischen Begünstigten handelt es sich bei der Verrechnungssteuer um eine Quellensteuer, deren ganze oder teilweise Rückerstattung davon abhängt, ob der betreffende Begünstigte in einem Land wohnt, mit dem die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat.

standortes Schweiz gering und die Gewinne ebenfalls (Lampart et al. 2012). Die These ist zu hinterfragen: Das Gros der von den Unternehmen beanspruchten Infrastruktur (Stromversorgung, Telekommunikation, Immobilien) wird von den Nutzern direkt berappt, während Mineralölsteuer und LSWA entscheidend zur Finanzierung des Strassennetzes beitragen. Zudem ist unsere Infrastruktur besonders wertvoll (und teuer), weil die Schweizer Wirtschaft eine hohe Wertschöpfung generiert. Diese hohe Wertschöpfung schlägt sich in höheren Bodenpreisen und somit in höheren Infrastrukturkosten nieder. Die Kausalität geht also in beide Richtungen.

Die erwähnte Kritik überzeugt ferner deshalb nicht, weil die Gesamtbelastung der Unternehmen in der Schweiz nicht sonderlich tief ist, wenn man sämtliche kapitalbelastenden Steuern berücksichtigt.¹⁵ Das Steueraufkommen aller Kapital- und Kapitalertragssteuern erreichte im Jahr 2012 49 Mrd. Fr. Es machte also gut 25 % der Gesamtsteuereinnahmen aus. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Kapitalsteuern am BIP beträchtlich: Mit 7,8 % liegt er nur knapp unter dem Mittelwert der EU-Länder (8,2 %), ist aber deutlich höher als in vergleichbaren Ländern wie Österreich (6,6 %), Deutschland (6,2 %) oder den Niederlanden (5,6 %).

Berechnet man die effektive, durchschnittliche Steuerbelastung des Kapitals nach einer von Eurostat entwickelten Methode (Eurostat 2014)¹⁶, zeigt sich, dass die im Jahr 2012 von den Schweizer Firmen entrichteten Steuern 13,5 % der ausgewiesenen Gewinne ausmachten. So betrachtet gehört die Schweiz zu den steuergünstigen Standorten, auch wenn die Niederlande, Irland und die osteuropäischen Staaten die Unternehmensgewinne noch weniger belasten. Die Gesamtsteuerbelastung eines inländischen Investors oder Unternehmers setzt

15 Inwiefern diese Steuer sowie die obenerwähnten Abgaben für die Infrastruktur von den Kapitaleignern getragen werden, steht freilich auf einem anderen Blatt. In den Finanzwissenschaften bleibt die Frage nach der Inzidenz der Unternehmenssteuer umstritten. Deshalb konzentrieren wir uns in diesem Abschnitt auf den internationalen Vergleich.

16 Diese berechnet für jedes EU-Mitgliedsland die Belastung von Arbeit, Kapital und Konsum auf der Grundlage der jeweiligen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Der Ansatz ermöglicht einen internationalen Vergleich der Steuerbelastungen, der über die statutarischen (offiziellen) Steuersätze hinausblickt. Er berücksichtigt neben unterschiedlichen Abschreibungsgepflogenheiten auch divergierende Möglichkeiten für Steuerabzug und Verlustvortrag sowie weitere Parameter der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung.

sich allerdings aus mehr als nur aus Unternehmenssteuern zusammen. Kapitaleinkommen wird meistens auch auf Personenebene belastet, und dies gleich mehrfach: mit der Einkommenssteuer, mit der Vermögenssteuer und womöglich mit der Erbschaftsteuer. Der Steuersatz auf dem Kapitaleinkommen der Haushalte ist mit 26,5% entsprechend höher als bei den Unternehmensgewinnen. Der Gesamtsteuersatz des Kapitals – berechnet als Verhältnis aller Kapitalsteuern zu den Kapitalerträgen – liegt somit bei 20,6%. Dieser Satz, der sowohl die Steuern auf Personen- als auch auf Unternehmensebene umfasst, ist im internationalen Vergleich nicht sonderlich gering; der Durchschnitt der EU-Länder liegt bei 23,1%.

5.4 – Ausmass (und Bedeutung) der Steueroptimierung wird überschätzt

Seit Jahren liegen die steuerlichen Aktivitäten multinationaler Unternehmen in der Schweiz im Visier der Steuerbehörden. Affären wie die «Panama Papers» oder die «Paradise Papers» haben den Druck auf Unternehmen sichtlich erhöht. Mittlerweile sind auch Teile der öffentlichen Meinung und zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft wie NGOs und Kirchen fest davon überzeugt, dass die in Entwicklungsländern erzielten Gewinne multinationaler Konzerne mit Sitz in der Schweiz praktisch unbesteuert bleiben.

Wie realistisch sind solche Vorstellungen? Ist die tatsächliche Wirkung des so genannten BEPS (Base Erosion, Profit Shifting) in den ärmsten Ländern derart stark, dass – wie beispielsweise Oxfam (2019) annimmt – die korrekte Erfassung dieser Gewinne ausreichen würde, um jene Ressourcen zu mobilisieren, die diesen Ländern zur Erreichung ihrer wichtigsten Entwicklungsziele noch fehlen?

Offiziellen OECD-Analysen zufolge werden die jährlichen Steuereinnahmen von BEPS weltweit auf 100 bis 240 Mrd. Fr. geschätzt, also eine durchaus ansehnliche Summe – auf den ersten Blick. Ins Verhältnis gesetzt sieht es anders aus: Der Betrag entspricht nur 4% bis 10% der globalen Körperschaftsteuereinnahmen, und nicht einmal 1% der weltweiten Staatseinnahmen. Darüber hinaus betrifft die überwiegende Mehrheit dieser Einnahmefälle nicht den Haushalt der armen, sondern der reichen Länder, allen voran den chronisch defizitären Staatshaushalt der Vereinigten Staaten. Bis zu einem Viertel aller Steuerausfälle durch BEPS dürften zu Lasten der US-Staatskasse gehen (Johannessen et

al. 2019). Der Grund liegt auf der Hand: Der überwiegende Teil des internationalen Handels findet nach wie vor zwischen bereits industrialisierten Ländern statt – nicht zwischen reichen und armen. Der Handel (inklusive Rohstoffe) zwischen Afrika und dem Rest der Welt macht nur 3 % des Welthandels aus. Es gibt da also wenig zu «optimieren».

Auch die Idee, dass multinationale Unternehmen in Entwicklungsländern verhältnismässig wenig Steuern zahlen würden, ist nicht korrekt. Nach Schätzungen der UNO generieren multinationale Unternehmen in ärmeren Ländern im Durchschnitt gut 10 % der Steuereinnahmen, während in Industrieländern rund 5 % der Einnahmen auf diese Kategorie von Unternehmen zurückzuführen sind (Bolwijn und Tüselmann 2018). Es ist deshalb umstritten, ob diese Einnahmequelle stark ausgebaut werden könnte, ohne gleich einen Exodus der Unternehmen auszulösen. Grosse Unterschiede zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern gibt es eher bei der Besteuerung der natürlichen Personen als bei den Unternehmen. Reiche und Selbständige sind da öfter in der Lage, Steuern ungestraft zu hinterziehen.

Schliesslich hätte sogar eine markante Erhöhung der Steuerlast der multinationalen Unternehmen in Entwicklungsländern nur eine marginale Auswirkung auf die Fähigkeit dieser Länder, ihren tatsächlichen Bedarf zu decken. Zum Beispiel betragen sämtliche Steuereinnahmen Äthiopiens nur etwas mehr als umgerechnet 30 Fr. pro Kopf und Jahr – ein Bruchteil der 150 bis 500 Fr., die es laut Experten bräuchte, um ein einigermaßen funktionales Bildungs-, Gesundheits- und Sozialversicherungssystem zu finanzieren (Forstater 2015).

Das bedeutet nicht, dass auf weitere Bestrebungen zur grenzüberschreitenden Besteuerung verzichtet wird. Im Gegenteil: Initiativen wie das BEPS-Projekt der OECD, das darauf abzielt, der «aggressiven Steuervermeidungspraxis» entgegenzuwirken, werden wohl in der einen oder anderen Form weitergeführt. Daher ist es gut, dass die Schweiz aktiv an diesen Diskussionen teilnimmt. Doch ihre Bedeutung, und damit die Rolle der Wirtschaft, muss realistisch eingeschätzt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, alles auf diese Karte setzen zu wollen. Der Fokus sollte vielmehr auf Korruption, Steuerhinterziehung und verzerrenden Steuervergünstigungen liegen, die von den Entwicklungsländern selbst vergeben werden. Ein klares Beispiel für letzteres stellen Subventionen für Treibstoff dar, die vorwiegend den Besserverdienenden in diesen Ländern zugutekommen.

Die Weltbank schätzt ihren Umfang auf über 1000 Mrd. Fr. pro Jahr (Weltbank 2012). Und schliesslich sollten auch gewisse NGOs sich selbst und ihren Stakeholdern gegenüber reinen Wein einschenken: Nur ein solides und dauerhaftes Wirtschaftswachstum kann die Armut besiegen und die generelle Wohlfahrt fördern.



06 Unterschätzte Händlermoral

6.1_ Verhalten sich Unternehmen schlechter als natürliche Personen?	_ 62
6.2_ Falsch verstandene Eigenverantwortung	_ 65
6.3_ Die Vergesellschaftung der Unternehmen	_ 69

6.1 _ Verhalten sich Unternehmen schlechter als natürliche Personen?

Unternehmen, allen voran dem «Big Business», wird gerne unterstellt, ihr moralischer Kompass sei schwach oder zeige gar in die falsche Richtung. Gewinnmaximierend verkörpern sie ein Ideal des Eigennutzes und stehen dem «guten» Konsumenten gegenüber, der sie bestenfalls durch seine Konsumententscheidungen zu einem besseren Verhalten disziplinieren kann, auf dass der soziale und ökologische Impact ihres Gewinnstrebens nicht ganz so negativ ausfalle. Tatsächlich kamen in den letzten beiden Jahrzehnten verschiedene moralische Verfehlungen von Grossunternehmen ans Tageslicht – teilweise mit expliziter strafrechtlicher Relevanz. Und doch: Diese bilden die Ausnahme, denn in der Regel ist die Unternehmenswelt in einem marktwirtschaftlichen Umfeld Treiber für moralisches Verhalten und Kooperationsbereitschaft, nicht Bremsklotz.

Die tieferen Gründe dafür werden erst seit kurzem wissenschaftlich erforscht. Die Spieltheorie lehrt, dass sich eine stabile Kooperation zwischen Individuen am ehesten dann einstellt, wenn Interaktionen («Spiele») auf unbestimmte Zeit wiederholt werden und Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Genau diese Bedingungen sind in Unternehmen gut gegeben. Die Zusammenarbeit der Mitarbeitenden in einem Unternehmen ist das Paradebeispiel für eine institutionalisierte, wiederholte Interaktion, bei der zudem auch eine gewisse Transparenz und Sanktionsmöglichkeiten existieren. Die explizite Überwachung und der Beschluss von Sanktionen (durch die jeweiligen Vorgesetzten) sind allerdings auch in einem Unternehmen aufwändig und können die intrinsische Motivation der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten reduzieren. Eine wichtige Rolle bei der Kooperation innerhalb von Firmen spielt daher die Unternehmenskultur. Eine kooperative Unternehmenskultur, wo das Management mit gutem Beispiel vorangeht, Leistungsbereitschaft signalisiert und wo sich die Mitarbeiter mit den Firmenzielen identifizieren, «macht es wahrscheinlicher, dass diese auch dann sorgfältig arbeiten, wenn sie unbeobachtet sind, dass sie Initiative ergreifen, auch wenn keine unmittelbare Belohnung lockt, und dass sie Arbeitskollegen, die die Verhaltensnormen des Unternehmens verletzen, konstruktiv darauf aufmerksam machen» (Fehr 2018). Manager, die ihre Angestellten davon überzeugen können, dass sie ihre diskretionären Entscheidungskompetenzen nicht missbrauchen werden, schaffen das nötige Vertrauensklima dafür, dass sich die Mitarbeiter

freiwillig in die Firma einbringen. Dass in Verwaltungen striktere Hierarchien gelten als in der Privatwirtschaft, zeugt auch für ihre geringere Fähigkeit, spontanes kooperatives Verhalten ihrer Mitarbeiter zu generieren. Guiso et al. (2015) weisen nach, dass Firmen, deren Angestellte ihre Topmanager als vertrauenswürdig und ethisch bezüglich ihrer Geschäftspraktiken wahrnehmen, eine höhere Produktivität und höhere Gewinne aufweisen.

Nun kann man einwenden, die Kooperation innerhalb von Unternehmen sage noch nichts darüber aus, wie sich diese nach aussen verhalten (sog. «corporate behaviour»). Immerhin gibt es Organisationen wie die Mafia, wo durch Zusammengehörigkeitsgefühl wie auch durch drastische explizite Anreize und Sanktionen ein höchst kooperatives Verhalten innerhalb der Organisation mit einem eindeutig negativen Einfluss auf die Aussenwelt einhergeht. Und auch innerhalb von Unternehmen könnte ein hoher Grad an Kooperation und Vertrauen doch ebenso gut eine Massendynamik begünstigen, die ein – da es zunehmend nicht mehr hinterfragt wird – gesamthaft unmoralisches Verhalten gegenüber der Umwelt verstärkt. Anekdotische Evidenz gibt es durchaus: Tabakfirmen, die jahrzehntlang von den Gefahren des Rauchens wussten, aber Milliarden in Werbung stecken, um der Öffentlichkeit das Gegenteil vorzugaukeln; betrügerische Investmentfirmen, die ihre Renditen mit Schneeballsystemen statt mit kluger, nachhaltiger Anlagestrategie erzielen; Pharmaunternehmen, die sich über reissenden Absatz von Opioiden freuen, obwohl sie sich leicht ausmalen können, dass ein wesentlicher Teil der Nachfrage aus Substanzmissbrauch resultiert. Und doch geben die Empirie und einige allgemeine Überlegungen Hinweise darauf, dass diese – oft sehr medienwirksamen – Beispiele eben nicht die Regel, sondern die Ausnahme darstellen:

- Erstens erwiesen sich z.B. in einem von den Verhaltensökonomern Ernst Fehr und John List durchgeführten Experiment CEOs als vertrauenswürdiger und vertrauenswürdig als Nicht-CEOs (Fehr und List 2004).
- Zweitens existiert umfangreiche Literatur, die aufzeigt, dass sich gewinnorientierte Unternehmen nicht weniger ethisch und generell kaum anders verhalten als Unternehmen ohne Gewinnorientierung aus derselben Branche (Cowen 2019). Gerade aus dem Nonprofit-Sektor sind hinlänglich Beispiele von Veruntreuung und Betrug bekannt. Unethisches Verhalten von Unternehmen lässt sich also nicht kausal auf Gewinnmaximierung zurückführen, sondern

resultiert aus unethischen Prinzipien der Firmenführung und der fehlenden Fähigkeit oder dem fehlenden Willen der Belegschaft, diese zu hinterfragen. Ein solches Verhalten ist nicht durch das kapitalistische System von Marktinteraktionen getrieben, sondern kommt mindestens so oft in Systemen mit stärkerer staatlicher Lenkung vor.

- Drittens ist es gerade die Gewinnorientierung, die Unternehmen stärker als Individuen dazu anhält, sparsam mit Ressourcen umzugehen. Nehmen wir das Beispiel Foodwaste: Ganze 38 % des umweltrelevanten Foodwastes fallen in den privaten Haushalten an, wogegen auf den Detailhandel nur 4 % entfallen, auf den Grosshandel ebenfalls 4 % und auf die Gastronomie 14 % (Beretta und Hellweg, 2019).¹⁷ Die Gründe für diesen erheblichen Unterschied: Der Konkurrenzdruck, dem die Unternehmen ausgesetzt sind, diszipliniert sie zu einem haushälterischen Umgang mit Ressourcen, und deren Grösse ermöglicht das dazu nötige professionelle, effiziente Ressourcenmanagement. Da der Endkonsument hingegen im Durchschnitt nur 7 % seines Einkommens für Lebensmittel ausgibt, halten sich seine finanziellen Anreize zur Minimierung von Foodwaste in Grenzen.
- Viertens ist es für ein Unternehmen von enormer Wichtigkeit, einen guten Ruf zu erzielen und zu erhalten. Wie pflegt Warren Buffet, Chairman der Holdinggesellschaft Berkshire Hathaway, zu sagen: «Wir können uns leisten, Geld zu verlieren, auch viel Geld; aber wir können uns nicht leisten, auch nur ein Fünkchen Ruf zu verlieren» (Fehr 2018). Dieser Ruf ist nicht nur gegenüber Handelspartnern, kooperierenden Unternehmen, Anlegern oder Konsumenten relevant, sondern auch nach innen: Ein Unternehmen mit tadellosem Ruf hat es deutlich leichter, gute Mitarbeiter zu rekrutieren. Guter Ruf ist zwar auch für Individuen im privaten Umfeld wichtig. Doch sie haben gegenüber dem Unternehmen einen entscheidenden Vorteil: Ein einzelner Mensch kann sich jederzeit neue Freunde suchen, wenn er oder sie es sich mit den alten verscherzt hat. Für ein Unternehmen ist das im Hinblick auf die Stakeholder und gegenüber seinen Kunden bedeutend schwieriger.

¹⁷ Ein mit 27 % scheinbar erheblicher Teil fällt zudem in der Verarbeitung an. Ein Grossteil davon betrifft jedoch «Abfallprodukte» wie Molke oder Innereien, für die keine ausreichende Konsumnachfrage besteht. 13 % fallen in der Landwirtschaft an.

All diese Punkte deuten darauf hin, dass gewinnorientierte Unternehmen Kooperationsbereitschaft und Moral positiv beeinflussen. Gesellschaften mit weit entwickelten marktwirtschaftlichen Strukturen weisen die stärksten Normen für Fairness und Solidarität auf, sowie eine grössere Bereitschaft zur Sanktionierung jener, die diese Normen nicht einhalten (Henrich 2015). Doch trotz aller empirischer Evidenz steigt die Anzahl der Volksinitiativen, die von einer Misstrauenskultur gegenüber den Schweizer Unternehmen geprägt sind, rasant.

6.2 _ Falsch verstandene Eigenverantwortung

Ende 2020 stimmt der Schweizer Souverän über eine der umstrittensten wirtschaftspolitischen Vorlagen der letzten Jahrzehnte ab, die Konzernverantwortungsinitiative (KVI), die weitreichende Haftungsbestimmungen für Schweizer Unternehmen verlangt. Sie wird von über hundert NGOs getragen und genießt breite Unterstützung aus dem links-grünen Lager. Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien lehnen die Initiative ab. Doch die KVI scheint auch eine gewisse Anziehungskraft auf Bürgerliche auszuüben, weil sie – gemäss Initianten – «die Eigenverantwortung der Unternehmen stärkt»: Damit wäre die Initiative ganz im Sinne des liberalen Lagers, meinen sie. Denn, was könne man aus liberaler Sicht dagegenhalten, dass Unternehmen für die Konsequenzen ihrer Handlungen geradestehen, wenn sie die Rechte anderer verletzen?

Diese bestechende Logik hat nur ein Problem: Sie verkennt die fundamentale Bedeutung einer Einschränkung der Verantwortung für eine prosperierende und inklusive Gesellschaft. Dafür ist Verantwortung notwendig, aber nicht ohne Vorbehalte. Das Schlüsselmerkmal der modernen Körperschaft, insbesondere der Publikumsgesellschaft, stellt gerade die klare Regelung der Kompetenzen und die präzise Eingrenzung der Verantwortung dar, nicht ihre schrankenlose Ausdehnung.

Das Unternehmen als Geflecht

Um dies zu verstehen, muss man sich zuerst vergegenwärtigen, warum die meisten Wirtschaftsaktivitäten in und zwischen Unternehmen erfolgen, und nicht individuell, von Privatperson zu Privatperson. Körperschaften sind nichts anderes als ein Geflecht von Verträgen, die die Beziehungen zwischen disparaten Stakeholdern regeln (Bainbridge und Henderson 2016). Die Interaktionen zwischen Ar-

beitgeber, Belegschaft, Verwaltungsrat, Aktionären, Lieferanten und Kunden unterstehen geschriebenen und ungeschriebenen Regeln. Wem stehen die Gewinne der Firma zu? Wer verliert zuerst sein Geld, wenn es zum Konkurs kommt? Wer hat das Sagen im Unternehmen? Aktienrecht, Statuten und Unternehmenskultur sind allesamt Teil des Konnexes, womit die Spielregeln festgelegt werden. Im Vergleich zu einer rein individuellen Lösung, die jeweils ad hoc von Person zu Person verhandelt werden muss, erleichtert dies die zwischenmenschliche Kooperation ungemein.

Die Regelung der Eigentümer-/Aktionärshaftung stellt ein gutes Beispiel dafür dar. Auf den ersten Blick mutet es als Privileg an, dass die Eigentümer einer AG für die Verbindlichkeiten ihrer Firma grundsätzlich nur bis zur Höhe des Gesellschaftsvermögens haften (und nicht persönlich mit ihrem ganzen Vermögen), so dass mitunter berechnete Ansprüche von Geschädigten unberücksichtigt bleiben.¹⁸ Man könnte meinen, dass dies einer Subvention der Aktionäre gleichkommt, die von den Gläubigern oder gar von der Allgemeinheit berappt wird. Damit können sich die Aktionäre von den Konsequenzen der Handlungen ihrer «Agenten» (Management und Verwaltungsrat) abgrenzen. Die Aktionäre hätten dadurch «wenig finanzielle Anreize, dafür zu sorgen, dass die Geschäftsleitung sich gesetzestreu, ethisch oder anständig verhalte» (Ireland 2010). Der Rechtsgrundsatz der beschränkten Haftung würde nach dieser Sicht zu Ungerechtigkeiten führen, wenn «unfreiwillige Gläubiger» (beispielsweise geschädigte Kunden) bei einem Schaden nicht vollkommen kompensiert werden.

Das wäre aber ein Trugschluss. Die eingeschränkte Aktionärshaftung befreit nicht von der Verantwortung. Es geht nicht nur um den unmittelbaren Verlust, den die Aktionäre beispielsweise im Falle eines Konkurses erleiden. Auch ihre Reputation – und umso mehr jene des Managements und des Verwaltungsrates – wird aufs Spiel gesetzt. Wichtiger ist aber die Tatsache, dass die Allgemeinheit unter dem Strich von dieser Haftungsbeschränkung stark profitiert. Ohne sie wäre nämlich die Investitionstätigkeit geringer, was Innovation und letztlich Wohlstand beeinträchtigen würde. Würden die Aktionäre mit ihrem ganzen Vermögen haften, müssten sie stets in allen Belangen der Firma informiert sein,

18 Die Organe der AG (Verwaltungsrat, Geschäftsführung, Revision) können für den Schaden persönlich verantwortlich gemacht werden.

um böse Überraschungen zu vermeiden. Auch müssten sie über die finanzielle Situation der anderen Mitinvestoren genau Bescheid wissen. Wie vermögend sind sie? Kann man im Falle eines grossen Verlustes auf sie zählen? Jede Investitionsentscheidung würde ein Trittbrettfahrerproblem nach sich ziehen, so sehr, dass Aktien praktisch unverkäuflich würden, weil jede Transaktion von den übrigen Aktionären vorab bewilligt werden müsste. Ein Verkauf an einen ärmeren Investor könnte nämlich das Risiko für alle anderen Aktionäre erhöhen (Alchian und Woodward 1987). Eine direkte Beteiligung Tausender oder gar Millionen von Aktionären an der Entscheidungsfindung der Firma ist nicht praktikabel und würde schnell im Chaos enden. Als Investitionsvehikel blieben dann nur Rechtsformen, die eine erweiterte bis unbeschränkte persönliche Haftung vorsehen: Partnerschaften, Personenunternehmen oder allenfalls Familienunternehmen mit wenigen, untereinander vertrauten Miteigentümern. Damit wäre der Diversifikation der Risiken enge Grenzen gestellt, mit grossen Konsequenzen für die Spartätigkeit. Die Finanzmärkte sind eben kein Nebenschauplatz der Realwirtschaft: Können Haushalte ihr Ersparnis nur in wenigen Töpfen platzieren, werden sie gezwungen, mehr finanzielle Risiken zu tragen, als es ihnen lieb wäre – mit einschneidenden Folgen für ihren Wohlstand (Bhamra und Uppal 2019).

Aus Sicht der Allgemeinheit käme die starke Erweiterung der Haftungsregeln einer Steuer auf Innovation gleich. Deshalb ist in allen Industrienationen der Durchgriff der Gläubiger auf das persönliche Vermögen der Investoren einer AG nur im Ausnahmefall möglich, und deshalb ist «limited liability» weltweit zur Standardregel für Geschäftsaktivitäten avanciert. Es ist kein Zufall, dass die «Erfindung» der Aktiengesellschaft und ihre Evolution bis hin zur börsenkotierten Publikumsgesellschaft für die Kapitalbildung während der industriellen Revolution entscheidend war (Bainbridge und Henderson, 2016).

Sorgfalt – gegenüber wem?

Ebenfalls von herausragender Bedeutung ist die Frage der Sorgfalt. Wer ist Adressat der Sorgfaltspflicht der Organe einer Gesellschaft, des Managements, des Verwaltungsrats und der Revision? Mit anderen Worten, wem schulden diese Gremien Rechenschaft? Nur den Aktionären/Eigentümern oder auch anderen Stakeholdern, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Lieferanten, Kunden, oder sogar der ganzen Bevölkerung? Auch zur Beantwortung dieser Frage hilft

die Idee des Unternehmens als Geflecht von Verträgen (MARCoux 2016). Jeder, der mit dem Unternehmen einen Vertrag abschliesst, erhofft sich, aus der Firma das herauszuholen, was ihm damit zugebilligt wurde. So haben Angestellte Anrecht auf den Lohn, Lieferanten auf die Entschädigung ihrer Leistung. Kaum vorstellbar, dass ein Unternehmen nicht das Ziel hätte, eine Rendite für seine Anteilseigner zu erwirtschaften. Warum würden sich denn letztere sonst dazu verpflichten, ihr Kapital langfristig einzusetzen und Management und Verwaltungsrat bestimmen, wenn nicht gegen ihr Versprechen, Gewinn zu erzielen?

Dies heisst keineswegs, dass Unternehmen alle Aktivitäten am Profit ausrichten müssen. Das Gewinnmachen setzt eine Moral voraus – eben, eine Händlermoral. Unternehmen mögen zwar das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgen; damit erübrigt sich aber die Unternehmensethik nicht (Sen 1993). CSR-Aktivitäten gehören durchaus dazu, wenn sie sowohl das Wohlbefinden der Nicht-Aktionären als auch die Rendite der Aktionäre verbessern – oder zumindest nicht beeinträchtigen. Diese Win-win-CSR ist mit den treuhänderischen Sorgfaltspflichten des Managements gegenüber den Aktionären vereinbar, und sogar notwendig. Wer dank gelebter oder geschickt inszenierter Nachhaltigkeit zusätzliche Kunden für seine Produkte erreichen kann, soll dies auch machen dürfen. Schweizer Unternehmen habe dies wohl verstanden, wie sich an der hohen Durchdringung der Wirtschaft mit CSR-Regeln zeigt (Dümmler und Schnell 2019).

Problematisch hingegen ist «politische CSR», wonach grosse, multinationale Wirtschaftsunternehmen eine Pflicht hätten, staatliche oder quasi-staatliche Funktionen wahrzunehmen, wenn die politischen Institutionen im Land schlecht funktionieren. Denn politische CSR impliziert, dass Wirtschaftsunternehmen öffentliche, nicht private Einrichtungen sind. Wenn es sich jedoch um öffentliche Institutionen handelt, ist ihre Governance-Struktur schlichtweg nicht dafür gemacht, zwischen den unterschiedlichen, zum Teil kontrastierenden Wünschen und Interessen der Bevölkerung zu vermitteln. Dafür sind die Institutionen der liberalen Demokratien nötig. Diese lassen sich nicht durch eine Art Konzerndemokratie nachahmen.

6.3_Die Vergesellschaftung der Unternehmen

Bestimmt, die Konzernverantwortungsinitiative will nicht die Aktiengesellschaft abschaffen. Sie verlangt «bloss» zusätzliche Haftungsbestimmungen für Unternehmen, die «international anerkannte Menschenrechte und Umweltstandards» verletzt haben. Und sie will mit der Einführung einer ausgedehnten Sorgfaltsprüfungspflicht explizit die Interessen aller Stakeholder schützen.

Doch diese zwei neuen Elemente würden das erwähnte Geflecht, das die moderne AG definiert, arg strapazieren. Erstens würden sie den Informationsbedarf der Unternehmen stark erhöhen. Konzerne sollen für die Überwachung und Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette besorgt sein, bis hin zum kleinsten Zulieferer. In seiner Absolutheit ist ein solcher Anspruch nicht zu erfüllen.¹⁹ Auch würde die KVI die Unternehmen verpflichten, in Richtung «political CSR» zu steuern.

Die Initiative ist schliesslich auch deshalb bemerkenswert, weil sie sich vieler der in dieser Publikation diskutierten Mythen bedient. So richtet sie sich – zumindest vordergründig – gegen Konzerne, als ob KMU oder nicht-gewinnorientierte Strukturen per se moralischer als kотиerte Grossunternehmen handeln würden; eine These, wofür es keine Evidenz gibt (vgl. Kapitel 3.2).²⁰ Über die KVI weht auch der Geist des Wirtschaftens als Nullsummenspiel, besonders in seiner Nord-Süd-Variante: der Norden wurde nur deshalb reich, weil er den Süden ausbeutete, und ausdrücklich nicht dank der Qualität seiner Institutionen, wovon die Publikumsgesellschaft und die beschränkte Haftung wichtige Bestandteile bilden. Sie ortet die Präsenz von Multis in ärmeren Ländern grundsätzlich als Gefahr für die «international anerkannten Menschenrechte». Dass sie, unter anderem,

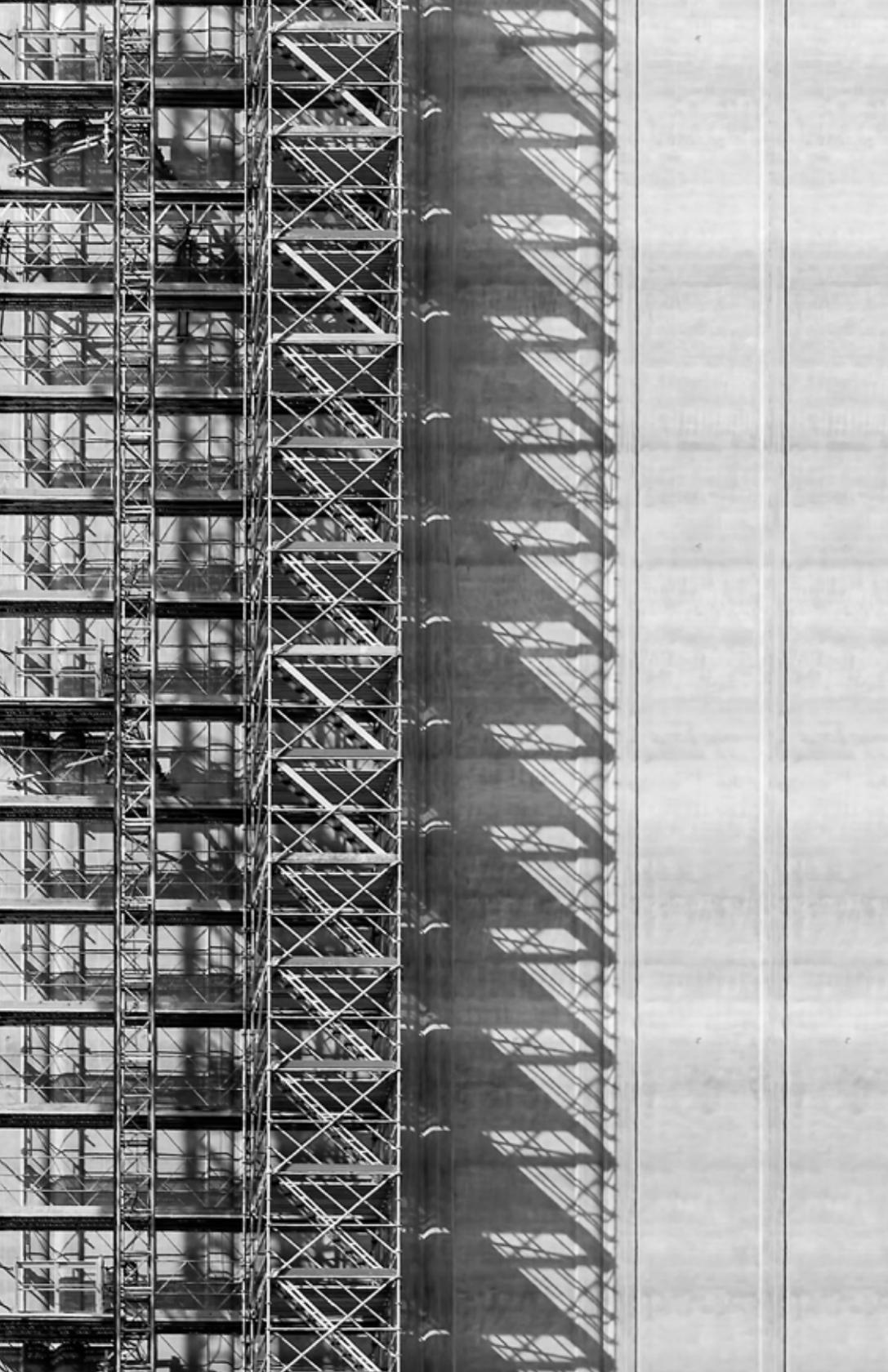
- einen der Schlüssel zur inklusiven Prosperität der Entwicklungsländer bilden (Aerni 2018),
- für einen wesentlichen Teil der Steuereinnahmen der ärmsten Länder aufkommen (Forstater 2015),

19 Das ist den Initianten bekannt. So sind sie stets besorgt zu betonen, wie umständlich ein Verfahren in der Schweiz für die Kläger wäre, als ob die Justizkosten letztlich Garant für die Gerechtigkeit wären.

20 Inwiefern KMU von den Sorgfaltspflichtbestimmungen betroffen sind, ist Gegenstand von rechtlichen Disputationen.

- oft den einzigen zuverlässigen Kanal für langfristig orientierte Investitionen bilden (Foley und Manova 2014),
 - eine entscheidende Rolle bei der Diffusion von Wissen, guten Managementpraxen und Governance spielen (Bloom und Van Reenen 2010),
 - insgesamt einen positiven Beitrag zu Ressourceneinsatz und Umweltbilanz in diesen Ländern ausüben (Cole und Elliott 2017, Erdogan 2014, Ning und Wang 2017),
- wird ausgeblendet. Die Initianten der KVI nehmen den Rückzug der Schweizer multinationalen Unternehmen aus Schwellenländern in Kauf. Als Alternative propagieren sie ein Entwicklungsmodell, das dem Ausbau von Arbeits- und Sozialstandards, wie sie in internationalen Vereinbarungen definiert werden, grosses Vertrauen schenkt. Sie sind von der Wirksamkeit völkerrechtlicher Vereinbarungen, beispielsweise jenen der IAO (Internationale Arbeitsorganisation), fest überzeugt (KVI 2020). Die empirische Evidenz spricht aber nicht dafür. So fanden Peksen und Blanton (2016) für den Zeitraum 1981–2011, dass die Ratifizierung von Kernübereinkommen der IAO eher negativ mit dem Grad der Achtung der Arbeitnehmerrechte in einem Land korreliert ist.

Diese Standards und die erwähnten «international anerkannten» Menschenrechte gelten absolut, auch wenn sie mittlerweile derart ausgedehnt wurden, dass sie widersprüchlich geworden sind. Und wie kann es anders sein? Es gibt keine vereinbarten Standards darüber, was letztlich eine «bessere Welt» ausmacht. Es wird die Fiktion unterhalten, dass immer umfassendere Rechte eine Ursache des Wohlstandes sind, und nicht vielmehr seine Konsequenz. Kurzum, die KVI bedient sich vieler Vorurteile und Mythen rund um Unternehmen und Unternehmertum. Die breite Zustimmung, die die Initiative unter zahlreichen Gruppierungen genießt, zeigt eindrücklich, wie tief diese Vorurteile sitzen.



07

Hausaufgaben für die Schweizer Unternehmenslandschaft und die Politik

7.1_ Der «Apolitie» entgegenwirken	_74
7.2_ Stärkung der privaten Medien durch Unternehmen	_76
7.3_ Aufgaben für die bürgerliche Politik	_77

Unternehmerische Freiheiten werden hierzulande – nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie – zunehmend eingeschränkt, und der Einfluss der Wirtschaft auf die politische Entscheidungsfindung ist limitiert (vgl. Kapitel 3.2). Nicht nur um die Auswirkungen der infolge von Covid-19 aufkommenden Wirtschaftskrise zu mindern, sondern auch um die unzähligen Betriebe und Arbeitsplätze im Lande nachhaltig zu sichern und eine erfolgreiche Unternehmenstätigkeit wieder verstärkt zu ermöglichen, ist ein marktwirtschaftliches Reformprogramm vordringlich. Grundlage dazu sind bewährte Erfolgsrezepte der Schweizer Wirtschaftspolitik wie die konsequente Wettbewerbsorientierung, Weltoffenheit, Einbindung in internationale Märkte, massvolle Regulierungen und kein weiterer Ausbau des Sozialstaats. Doch wie diese Schrift eindrücklich zeigt, kommt die marktwirtschaftliche, liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Steuerung von Produktion und Konsum durch den Markt beruht, zunehmend unter Druck. Das Prinzip der Selbstverantwortung hat einen schweren Stand. Die aktuelle Pandemie führte zu einem exponentiellen Anstieg der Infektionen – mit einem eben solchen Anwachsen der Staatsgläubigkeit. Doch unternehmerische Initiative kann nur gedeihen, wenn staatliche Aktivitäten wieder reduziert werden. Letztlich kommt auch die wohlhabende Schweiz an ihre Grenzen, wenn sie die Grundlage der Wohlstandserwirtschaftung, das private Unternehmertum, immer mehr einschränkt. Um diesem Trend zur staatlichen Steuerung wesentlicher ökonomischer Grössen entgegenzuwirken, hat auch das Schweizer Unternehmertum Hausaufgaben zu erledigen. Insbesondere gilt es, Zerrbilder über Unternehmertum und Wirtschaft, wie sie in Gesellschaft, Medien und Politik rege verbreitet sind (vgl. Kapitel 2), als das zu entlarven, was sie sind: die öffentlichkeitswirksame Bearbeitung von Themenfeldern auf der Grundlage von ideologischen Thesen, die wenig mit der Realität gemeinsam haben.

7.1 _ Der «Apolitie» entgegenwirken

Wenn die Entscheide der Politik nicht noch unternehmensferner werden sollen, werden Wirtschaftsverantwortliche nicht um eine stärkere, persönliche Investition in die Milizarbeit herkommen. Man macht es sich zu einfach, wenn man die Verantwortung für die Politarbeit an Wirtschafts- und Branchenverbände auslagert. Dazu kommt, dass der Erfolg der Lobbyarbeit der Interessen-

verbände beschränkt ist (vgl. Kapitel 5). Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft für die Sache der Wirtschaft geniessen beim Schweizer Stimmvolk vor allen jene, die direkte unternehmerische Verantwortung tragen.

Anstelle einer Verantwortungsdelegation ist ein persönliches Engagement der Unternehmensverantwortlichen vonnöten. Es gilt nicht nur, die in der Öffentlichkeit breit thematisierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sondern auch jene von Beruf und Politik. Ein befristetes Engagement eines Kaderangestellten in der Politik, sei es in der Schulpflege oder auch als Mitglied der Eidgenössischen Räte, sollte keinesfalls die kontinuierliche Fortsetzung einer beruflichen Karriere verunmöglichen. Vertreterinnen und Vertreter der politischen Linken haben deutlich weniger Probleme mit der Vereinbarkeit, weil sie entweder die Politik selbst als ihren Haupterwerb definieren oder aus staatlichen Berufsgruppen (z.B. Lehr- oder Soziaberufen) stammen, bei denen eine Pensensreduktion ungleich einfacher zu realisieren ist als in einem Unternehmen. Ermöglicht die Privatwirtschaft ihren interessierten (Kader-)Mitarbeitenden keine Miliztätigkeit, droht die Gefahr, dass die bürgerlichen Parteien nicht mehr die erste Wahl für öffentliche Ämter rekrutieren können, und in der Folge das Verständnis für praktische unternehmerische Belange in der Politik weiter erodiert. Dass unternehmensfreundliche Politik nicht einer in sich abgeschlossenen «Politikerkaste» anvertraut oder an Wirtschaftsverbände delegiert werden kann, dafür sind auch ausländische Spitzenkräfte in Unternehmen zu sensibilisieren. Multinationale Unternehmen werden nicht nur von Schweizer Managern, sondern auch von Führungskräften mit internationalem Hintergrund geleitet. Das ist per se nicht schlecht, sondern sogar zu unterstützen, soll doch auch auf oberster Unternehmensstufe der weltweite Wettbewerb um die besten und fähigsten Köpfe herrschen und nicht etwa eine «helvetische Managerquote» gelten. Dennoch tun die global operierenden Konzerne, die ihren Hauptsitz hierzulande haben, gut daran, die Leitungsstufe auch mit Führungskräften zu besetzen, die nicht nur die spezifischen Markt- sondern auch Politikgegebenheiten des Schweizer Ökosystems kennen. Und es schadet nicht, wenn in den Verwaltungsräten der Konzerne mindestens ein Mitglied Einsitz hat, dass mit den Gegebenheiten der Schweiz vertraut ist. Der frühere ETH-Professor Karl Schmid, bedeutender Germanist und politischer Denker, hat es auf Punkt gebracht, indem er konstatierte, dass «Apolitie» der für das wirtschaftliche Leben Verantwortlichen zu

einer tödlichen Gefahr werden kann. 1972 hielt der Literaturwissenschaftler sein Verständnis vom Milizprinzip exemplarisch fest: «Wir verstehen darunter jene eigentümliche (...) Gewohnheit, nach der einer, der irgendeinen Beruf hat, daneben innerhalb der res publica noch diese oder jene andere Aufgabe übernimmt — dilettantisch, insofern er da kein Fachmann ist, aber durchaus nicht dilettantisch, indem nicht Liebhaberei oder Vergnügen, sondern Dienstleistung zur Rede steht.» Das muss auch für die Schweizer Unternehmen gelten – für die Multinationalen genauso wie für die KMU.

7.2 – Stärkung der privaten Medien durch Unternehmen

Zu einem besseren Verständnis über die Wirtschaft und die Unternehmenswelt könnten auch die Schweizer Medien beitragen. Sie wirken als «Transmissionsriemen» zwischen Bürgern und Politik, aber auch zwischen Wirtschaft und Politik sowie Wirtschaft und Bürgern. Nur ist unter Medienschaffenden die Perzeption über die Wirtschaft alles andere als positiv (vgl. Kapitel 2.2). Wenige Schweizer Medienprodukte wie etwa die Neue Zürcher Zeitung weisen eine gut dotierte Wirtschaftsredaktion aus, die über profundes Wissen über die Schweizer Unternehmenslandschaft verfügt und wirtschaftspolitische Entwicklungen aus liberaler Perspektive einzuordnen vermag. Doch die NZZ ist nur ein Produkt im hart umkämpften Medienmarkt. Durch den Strukturwandel, die Digitalisierung, sich verändernde Lesergewohnheiten und drastisch einbrechende Werbeerträge stehen die Verlage unter starkem finanziellem Druck. Das Geschäftsmodell der klassischen Medien kann kaum mehr rentabel betrieben werden, und Abonnentenerträge reichen nicht aus, um die Redaktionskosten zu tragen. Angesichts der staats- und demokratiepolitischen Funktion der Medien wird der Ruf nach staatlichen Unterstützungsmassnahmen immer lauter. Es ist aber kaum zu erwarten, dass Schweizer Medienschaffende unter grösserem staatlichen (Finanz-)Einfluss eine staatskritischere Haltung oder gar eine wirtschaftsfreundlichere Haltung einnehmen werden. Anstelle staatlicher Medienförderung sollten vielmehr die privaten Medien durch das Schweizer Unternehmertum gestärkt werden. Ein Blick nach Übersee lohnt sich: In den Vereinigten Staaten gibt es zahlreiche private Organisationen (Unternehmen und Stiftungen), die selbst Medien herausgeben oder in gezielter Form unterstützen. Auch in Europa ist aufgrund der teilweise prekären finanziellen Lage der Medienbranche eine

ähnliche Entwicklung zu beobachten – zumindest in Ansätzen. Diese «philanthropischen Partnerschaften» der Medien mit der Privatwirtschaft gilt es auszubauen. Zugleich ist zu beobachten, dass zur Sicherung der finanziellen und journalistischen Unabhängigkeit meinungsstarke Tageszeitungen im Besitz von Stiftungen sind, wie etwa die britische «The Guardian» oder die deutsche «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Eine private Medienförderung könnte also eine «Win-win»-Situation sein: Sie würde den staatsunabhängigen, qualitativen Journalismus stärken und zugleich die Informationsdichte der Bevölkerung und damit des direkt-demokratisch legitimierten Souveräns über wirtschafts- und unternehmerische Belange erhöhen.

7.3 _Aufgaben für die bürgerliche Politik

Doch um die Negativspirale zu durchbrechen, die die unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Schweiz immer mehr einschränken, steht auch die (bürgerliche) Politik vor grossen Aufgaben:

Rückbau des Verwaltungsapparates

Zur Bewältigung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie stellt(e) die Politik Unterstützungsgelder im hohen zweistelligen Milliardenbereich bereit. Zur Solidität der öffentlichen Finanzen wesentlich beigetragen haben im Vorfeld die üppig fliessenden Steuereinnahmen unter anderem der multinationalen Unternehmen sowie die Schuldenbremse, die die Finanzpolitik systematisch zu disziplinieren vermag. Nur ein gesunder Staatshaushalt konnte diese pandemiebedingten Sonderaufwendungen schultern. Auch deshalb ist nun der um sich greifende Staatseinfluss in die Schranken zu weisen. Ein Hauptaugenmerk gilt dem stetig wachsenden Verwaltungsapparat. Seit 1992 hat die Zahl der im öffentlichen Sektor Beschäftigten um über 30% zugenommen – das Stellenwachstum war im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum überproportional. Mit dem Stellenwachstum der Verwaltung geht die Zunahme des Regulierungsdickichts einher – zulasten der unternehmerischen Eigeninitiative.

Der Rückbau von Verwaltungsstellen, die weniger der Allgemeinheit als irgendwelchen Sonderinteressen dienen, darf nicht länger ein politisches Tabu sein. Um den jährlich steigenden Personalausgaben Einhalt zu gebieten, ist ein schweizweiter Stellenstopp für die Verwaltung angebracht, damit der um sich

greifenden staatlichen Einflussnahme auf die originäre unternehmerische Entscheidungsfindung ein Riegel geschoben werden kann. Wenn der Staat als eine Art Selbstbedienungsladen betrachtet wird, der alle vermeintlichen unternehmerischen und gesellschaftlichen Probleme lösen soll und als «Moralwächter» über unternehmerische Entscheidungen thront, verdrängt dies sukzessive die private Unternehmensinitiative.

Mehr unternehmerische Freiräume

Dazu ist ein umfassendes Deregulierungspaket zu schnüren. Zwar weisen politische Sonntagsredner regelmässig mit stolz erhobener Brust auf die Innovationskraft des Unternehmensstandorts Schweiz hin. An die globale Spitzenrangierung in Innovations-Rankings hat man sich ja fast schon gewöhnt. Der Spitzenplatz in Innovation sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Erosion bei den allgemeinen Rahmenbedingungen für die hiesigen Unternehmen zu beobachten ist. Die Innovationskraft des Unternehmensstandortes Schweiz wird durch die gesetzten staatlichen Parameter mitbestimmt. Entscheidend sind etwa die Forschungsfreiheit und ein liberaler Arbeitsmarkt oder die einfache Rekrutierung ausländischer Fachkräfte. Hier wird aber munter weiter an der Regulierungsspirale gedreht.

Der Vergesellschaftung des privaten Unternehmensentscheids ist konsequent zu begegnen, ebenso der um sich greifenden allgemeinen gesellschaftlichen Änderungsresistenz mit der Folge, dass Unternehmen als «Risikotreiber» beurteilt werden. Diese Entwicklung ist umso gravierender, als man mit regulatorischer Konsequenz in den genuin unternehmerischen Entscheidungen einzugreifen versucht, welche Risiken ein Unternehmen eingehen darf, welche aus gesellschaftlicher Sicht zukünftig nicht mehr opportun sind. Der rasante Ausbau an Compliance-Abteilungen während der letzten Jahre ist ein offensichtlicher Preis für immer mehr staatliche Einschränkungen der unternehmerischen Freiheiten. Hier ist die Politik gefordert, mit einem umfassenden Deregulierungspaket eine Trendumkehr einleiten.

Konsequenterer Umsetzung der digitalen Transformation

In der aktuellen Botschaft des Bundesrates zur Legislaturplanung 2019–2023, die satte 130 Seiten umfasst, ist Leitlinie 1 der Regierungspolitik, die «Chancen der

Digitalisierung zu nutzen». Nur findet sich in den sechs dazugehörigen Unterteilen keine einzige Aussage zu 5G, der Schlüsseltechnologie der neuesten Generation. Der Kontrast zu den sonst gerne geäusserten politischen Bekenntnissen zu Fortschritt und Digitalisierung ist augenfällig. Zugeich greift immer mehr eine gesellschaftliche Kritik an technologischen Weiterentwicklungen um sich. Dieser neuen Dimension von Fortschrittskritik entwächst eine allgemeine Technologieaversion. Obwohl – oder vielleicht gerade: weil – die Digitalisierung mittlerweile fast alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst, gibt es zunehmenden Widerstand gegen den Einsatz neuer Technologien. Neuerdings gilt mehr die Prämisse des Strukturerhalts, oder in ihrer radikaleren Ausprägung: des Strukturrückbaus. Neben der seit Jahren etablierten Ablehnung von Gentechnologie findet neuerdings die Bekämpfung von 5G Zulauf. Gleich fünf Komitees arbeiten an verschiedenen Volksinitiativen. Einen solchen Initiativen-Wettbewerb zur Abwehr neuer technologischer Infrastrukturen hat das Land noch nie gesehen (Müller und Ammann 2020). Das fehlende konsequente Voranschreiten auf dem Weg zur digitalen Transformation hat Konsequenzen: Im neuesten globalen Wettbewerbsindex des WEF ist die Schweiz mittlerweile auf Rang 5 abgestiegen. Beim Indikator «ICT adoption» belegt sie noch Rang 15, bei «mobile broadband subscriptions» Rang 28 und bei «fibre internet subscriptions» gar nur Rang 34. Wenn einzelne Branchen wie etwa Life Sciences die digitalen Möglichkeiten nicht vollkommen ausschöpfen können, drohen ihnen Wettbewerbsnachteile. Eine deutliche Verbesserung der digitalen Durchdringung der Schweizer Volkswirtschaft ist auch darum umso dringender, weil das Produktivitätswachstum sich hierzulande in den letzten Jahren nicht nur abgeschwächt hat, sondern auch deutlich unter demjenigen der anderen Industrieländer lag. Die grössten Wachstumseffekte entstehen dann, wenn die digitalen Innovationen in der gesamten Volkswirtschaft eingesetzt werden. Dazu braucht es aber einen konsequenteren Einsatz seitens der Politik zur Bereitstellung der digitalen Infrastruktur, genauso wie die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts an das digitale Zeitalter.

Bekenntnis zu Wettbewerb und zur Internationalisierung der Schweizer Volkswirtschaft

Die wohl herausforderndste Hausaufgabe der Politik (auch im Nachgang zur Bewältigung der Corona-Pandemie) ist, die Internationalisierung der Schweizer

Volkswirtschaft zu verteidigen. Anti-Globalisierungstendenzen, ökonomischer Nationalismus und Protektionismus sind heute «Mainstream». Immer häufiger ist die Abkehr vom Wettbewerb und von offenen Märkten zu beobachten. «Made in Switzerland» darf aber nicht zum Vorwand für Abschottung und Ausgrenzung genommen werden. Es gilt deshalb, den Wettbewerb auf weitere Branchen des europäischen Binnenmarkts auszuweiten, genauso wie auf Märkte und Regionen über den europäischen Kontinent hinaus. Die Schweizer Eigenart der zweigeteilten Ökonomie mit einer höchst wettbewerbsfähigen, multinational tätigen Wirtschaft und dem eher trägen Binnenmarkt ist auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Derzeit stemmt sich eine breite Allianz aus wettbewerbskritischen, ökologisch orientierten Kreisen bis hin zu nationalkonservativen Interessenvertretern des Agrarsektors gegen erleichterte Marktzugänge für Schweizer Unternehmen ausserhalb des EU-Binnenmarkts. Die Ironie der Geschichte: Der Schweizer Agrarsektor, der gerade noch 0,6 % zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt, verhindert die Erschliessung neuer Marktpotenziale für die international tätigen Schweizer Unternehmen, obwohl aus deren Steuersubstrat die milliarden schweren Transferleistungen für die Landwirtschaft letztlich gespiesen werden.

Dabei ist die wettbewerbsorientierte Wirtschaft unbestritten der Hauptfaktor der Schweizer Prosperität. Die Aussenhandelsquote beträgt mittlerweile 110 % des BIP, rund 70 Rappen eines Frankens werden mit Exporten von Waren und Dienstleistungen ins Ausland verdient. Die Schweiz profitiert überdurchschnittlich von der Integration in die globalen Wertschöpfungsketten. Allein in den letzten drei Jahrzehnten betrug die Wachstumsrate des Dienstleistungshandels durchschnittlich 4,2 % pro Jahr, jene des Warenhandels 2,6 %. Zwischen 1980 und 2017 hat unser Land die grössten globalisierungsbedingten Einkommenszuwächse pro Kopf erzielt (Bertelsmann Stiftung 2018). Neben den multinationalen Firmen sind auch zwei Drittel der KMU international tätig (Credit Suisse 2014). Zur nachhaltigen Wohlstandssicherung breiter Kreise der Bevölkerung ist daher auch zukünftig ein klares Bekenntnis der Schweizer Politik für die internationale Einbindung der Schweizer Wirtschaft notwendig.

Das Gewähren von unternehmerischen Freiräumen, die Möglichkeit zur wettbewerblichen Auseinandersetzung mit Mitkonkurrenten im In- und Ausland, die Ermöglichung von Neuem dank Innovationskraft und mithilfe neuester

technologischer Errungenschaften sind der beste Garant dafür, dass Schweizer Unternehmen auch zukünftig ihre wertschöpfungsgenerierende Rolle wahrnehmen können. Davon profitieren vorab Unternehmen, aber ebenso die Werktätigen und die Bevölkerung.

Literaturverzeichnis

- Actares, AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften (2017): Politische Spenden von Unternehmen im Swiss Market Index 2015 & 2016. http://www.actares.ch/download/171000_Actares_Bericht_PolitischeSpendenSMI15-16_D.pdf. Zugriff: 09.03.2020.
- Adecco (2017): The labour market integration of refugees white paper – a focus on Europe. <https://www.adecgroup.com/wp-content/themes/ado-group/downloads/labour-market-integration-of-refugees-focus-europe.pdf>. Zugriff: 10.03.2020.
- Aerni, Philipp (2018): Global business in local culture. The impact of embedded multinational enterprises. Springer Briefs in Economics.
- Alchian, Armen A. und Woodward, Susan (1987): Reflections on the theory of the firm. In: Journal of institutional and theoretical economics 143 (1), p.110–136.
- Baeriswyl, Othmar (2005): Lobbying in der Schweiz. Partikulärinteressen unter der Bundeskuppel. Mediadata: Villars-sûr-Glâne.
- Bainbridge, Stephen M. und Henderson, M. Todd (2016): Limited liability. A legal and economic analysis. Cheltenham UK: Edward Elgar Publishing
- Bärtschi, Hans-Peter (2006): Von der ERG zur SERV. <https://www.serv-ch.com/organisation/von-der-erg-zur-serv/>. Zugriff: 09.09.2020
- BAFU, Bundesamt für Umwelt (2019): Klima: Das Wichtigste in Kürze. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html>. Zugriff: 13.03.2020.
- Beretta C. und Hellweg S. (2019): Lebensmittelverluste in der Schweiz: Mengen und Umweltbelastung. Wissenschaftlicher Schlussbericht, Oktober 2019. ETH Zürich. www.bafu.admin.ch/lebensmittelabfaelle. Zugriff: 09.09.2020.
- Bertelsmann Stiftung (2018): Globalisierungsreport 2018: Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung? <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/globalisierungsreport-2018/>. Zugriff: 25.09.2020.
- Bhamra, Harjoat S. und Uppal, Raman (2019): Does Household Finance Matter? Small Financial Errors with Large Social Costs. American Economic Review 109 (3), p. 1116–1154.

- BFS, Bundesamt für Statistik (2014): Arbeitgeberunterstützte Weiterbildung. Weiterbildungsaktive Unternehmen und unterstützte Arbeitnehmende. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/weiterbildung/bevoelkerung.assetdetail.349459.html>. Zugriff: 08.09.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2017): Berufliche Weiterbildung in Unternehmen im Jahr 2015. Hauptbericht. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/weiterbildung.assetdetail.6146039.html>. Zugriff: 08.09.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2018): Lohnniveau – Schweiz. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohniveau-schweiz.html>. Zugriff: 10.03.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019a): Statistik der Unternehmensstruktur. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industrie-dienstleistungen/erhebungen/sta-tent.html>. Zugriff: 06.03.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019b): Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2016. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommenarbeitskosten.assetdetail.7466498.html>. Zugriff: 24.09.2020
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019c): Arbeitszeitmodelle nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbstaetige/arbeitsbedingungen/arbeitszeiten.assetdetail.8086556.html>. Zugriff: 02.03.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019d): Erwerbsbeteiligung in der Schweiz weiterhin gestiegen. Medienmitteilung vom 23.04.2019. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbstaetige/arbeitsbedingungen/arbeitszeiten.assetdetail.8026628.html>. Zugriff: 02.03.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019e): Teleheimarbeit. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/volkswirtschaft/teleheimarbeit.assetdetail.8486560.html>. Zugriff: 11.03.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019f): Personen in Ausbildung. Ausgabe 2019. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung.assetdetail.9448544.html>. Zugriff: 22.09.2020
- BFS, Bundesamt für Statistik (2019g): Berufliche Grundbildung – Lehrverhältnisse. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/sekundarstufe-II/berufliche-grundbildung-lehrverhaeltnisse.html>. Zugriff: 09.03.2020.

- BFS, Bundesamt für Statistik (2020): Erwerbslose gemäss ILO. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbslosigkeit-unterbeschaeftigung-ohne-stellen/erwerbslose-ilo.html>. Zugriff: 10.03.2020.
- Bloom, Nicholas und Van Reenen, John (2010): Why Do Management Practices Differ across Firms and Countries. In: *Journal of Economic Perspectives*, 4 (1), p. 203–224.
- Bolli, Thomas; Egg, Maria E.; Rageth, Ladina (2017): Meet the need: The role of vocational education and training for the youth labour market. KOF Working Papers. Zurich: ETH Zurich, KOF Swiss Economic Institute.
- Bolwijn, Richard und Tüselmann, Heinz (2018): Establishing the baseline: estimating the fiscal contribution of multinational enterprises. In: *Transnational Corporations*, 25 (3), p.III–143
- Bollyky, Thomas J. und Bown, Chad P. (2020): The Tragedy of Vaccine Nationalism. Only Cooperation Can End the Pandemic. In: *Foreign Affairs*, 99 (5). <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-07-27/vaccine-nationalism-pandemic>. Zugriff: 29.08.2020.
- Buomberger, Peter (2014): *Auswege aus dem Regulierungsdickicht*. Zürich: Avenir Suisse.
- Buomberger, Peter und Schlegel, Tobias (2016): *Auswege aus dem Regulierungsdickicht, II*. Zürich: Avenir Suisse.
- Cattaneo, Maria A. und Wolter, Stefan C. (2016): Die Berufsbildung in der Pole-Position. Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zum Thema Allgemeinbildung vs. Berufsbildung. Aarau: SKBF Staff Paper 18.
- Christiansen, Peter Munk; Mach, André; Varone, Frédéric (2017): How corporatist institutions shape the access of citizen groups to policy. In: *Journal of European Public Policy*, 25(4), p. 526–545.
- Chuard, Patrick und Grassi, Veronica (2020): *Switzer-Land of Opportunity: Intergenerational Income Mobility in the Land of Vocational Education*. In: *Economics Working Paper Series*, Nr. 2020–11, School of Economics and Political Science, University of St. Gallen.
- Climate Accountability Institute (2019): *Carbon Majors*. <https://climateaccountability.org/carbonmajors.html>. Zugriff: 13.08.2020.
- Cole, Matthew J. und Elliott, Robert J. R. (2017): Foreign direct investment and the environment. In: *Annual Review of Environment and Resources* 47, p. 465–487.

- Commslab und Fög, Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich (2018): *Volkswirtschaftliche Verantwortung als Wertschöpfungsfaktor. Reputation und Wahrnehmung der Schweizer Wirtschaft im Wandel.* Luzern: Suva.
- Commslab und Fög, Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich (2019): *Reputation der Schweizer Wirtschaft.*
- Cowen, Tyler (2019): *Big Business. A Love Letter to an American Anti-Hero.* New York City: St Martin's Press.
- Credit Suisse (2014): Schweizer KMU mischen in internationalen Märkten mit: Studie der Credit Suisse zu den Erfolgsfaktoren für Schweizer KMU mit Schwerpunkt Export. <https://www.credit-suisse.com/about-us-news/de/articles/media-releases/42326-201406.html>. Zugriff: 25.09.2020.
- Credit Suisse (2019): Credit Suisse Sorgenbarometer 2019. Aufgabe nicht erfüllt? Reformstau, Führungslosigkeit und die Erwartung einer Wirtschaftskrise hinterlassen Spuren. https://www.credit-suisse.com/about-us/de/research-berichte/studien-publikationen/sorgenbarometer.html?WT.i_short-url=%2Fsuchenbarometer&WT.i_target-url=%2Fabout-us%2Fde%2Fresearch-berichte%2Fstudien-publikationen%2Fsuchenbarometer.html. Zugriff: 06.03.2020.
- Credit Suisse (2020): Aspekte, Februar 2020. <https://www.credit-suisse.com/ch/de/privatkunden/publications.html>. Zugriff: 15.09.2020
- CSS, Center für Security Studies ETH Zürich (2018): Sicherheit 2018: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. <https://www.research-collection.ethz.ch/handle/20.500.11850/317842>. Zugriff: 09.09.2020
- D-EDK, Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (2014): *Gesamtausgabe. Lehrplan 21. Bereinigte Fassung vom 29.02.2016.* EDK: Luzern.
- Derwent (2020): *Derwent Top 100 Global Innovators 2020*: <https://clarivate.com/derwent/campaigns/derwent-top-100-global-innovators-2020-report/>. Zugriff 15.09.2020.
- Dümmler, Patrick und Schnell, Fabian (2019): *Schweizer Vögte in der Fremde.* Zürich: Avenir Suisse.
- Economiesuisse (2019): *Wirtschaftsstandort Schweiz: Blockaden überwinden!* <https://www.economiesuisse.ch/sites/default/files/articles/downloads/Medienmappe.pdf>. Zugriff: 06.03.2020.
- EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren (2016): *Schweizerische Lohnstrukturhebung 2016.* Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Erdogan, Ayse M. (2014): Foreign Direct Investment and Environmental Regulations: A survey. In: *Journal of Economic Surveys*, 28 (5), p. 943–955.

- Eurostat (2014): Taxation trends in the European Union. Data for the EU Member States, Iceland and Norway. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5786841/KS-DU-14-001-EN.PDF/7bec4a16-f11f-4386-a4b4-8f1087be1063?version=1.0>. Zugriff: 09.09.2020.
- Fehr, Ernst (2018): Behavioural Foundations of Corporate Culture. University of Zurich, UBS International Center of Economics in Society, Public Paper No. 7.
- Fehr, Ernst und List, John A. (2004): The hidden costs and returns of incentives – Trust and Trustworthiness among CEOs. In: Journal of the European Economic Association, 2 (5), p. 743 – 771.
- Feige, Edgar L. (2016): Reflections on the Meaning and Measurement of Unobserved Economies: What Do We Really Know About the ‘Shadow Economy’. In: Journal of Tax Administration, 2 (1).
- Fischer, Manuel, Fischer, Alex and Sciarini, Pascal (2009): Power and conflict in the Swiss political elite: an aggregation of existing network analyses. In: Swiss Political Science Review, 15 (1).
- Fors, Swiss Foundation for Research and Social Sciences (2013): Schweizer-Human-Relations-Barometer 2012. Fehlverhalten und Courage. Zürich: Universität Zürich und ETH Zürich.
- Forstater, Maya (2015): Can Stopping ‘Tax Dodging’ by Multinational Enterprises Close the Gap in Development Finance? CGD Policy Paper 069.
- Foley, Fritz und Manova, Kalina: International Trade, Multinational Activity, and Corporate Finance. In: NBER Working Paper Series, 20634. National Bureau of Economic Research.
- Gava, Roy; Varone, Frédéric; Mach, André ; Eichenberger, Steven; Christe, Julien und Chao-Blanco, Corinne (2017): Interest Groups in Parliament : Exploring MP’s interest affiliations (2000 – 2011). In: Swiss Political Science Review 23, Ausgabe 1.
- Gehret, Alexander; Aepli, Manuel; Kuhn, Andreas; Schweri, Jürg (2019): Lohnt sich die Lehrlingsausbildung für die Betriebe? Resultate der vierten Kosten-Nutzen-Erhebung. Zollikhofen: Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB.
- Gemeinwohlatlas (2019): Beitrag zum Gemeinwohl 2019. https://www.gemeinwohl.ch/atlas#/dims%255Bweights%255D%255Bbenefit%255D=0.25&dims%255Bweights%255D%255Bsocial_cohesion%255D=0.25&dims%255Bweights%255D%255Bquality_of_life%255D=0.25&dims%255Bweights%255D%255Bethics%255D=0.25&dims%255Bselected%255D=&dims%255Bhighlighted%255D=&mode=list. Zugriff: 06.03.2020.
- gfs.bern, Studie im Auftrag von IG-Genossenschaft (2016): repräsentative Befragung.

- Google (2015): Consumer Barometer – Country Report Switzerland. <https://www.vsv-versandhandel.ch/wp-content/uploads/2018/04/Google-CB-Country-Report-15-Switzerland.pdf>. Zugriff: 12.03.2020
- Graeber, David (2018): Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Grossen, Jürg (2019): Mehr Innovation und Wettbewerb für die Schweiz. Rede von Parteipräsident Jürg Grossen an der Delegiertenversammlung. https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=2ahUKEwi93L-jpiYboAhWZxcQBHVPaDjsQFjABegQIBxAB&url=https%3A%2F%2Fgrunliberale.ch%2Fdam%2Fjcr%3A8e0aeafd6-773d-4c92-bae5-od7b5c215b52%2F20190119_DV_Rede%2520J%25C3%25BCrg%2520Grossen.pdf&usq=A0vVaw2HTFt-3nns2zFNDi6sxK1qo. Zugriff: 06.03.2020.
- Grünenfelder, Peter; Rother, Natanael; Rutz, Samuel und Salvi, Marco (2019): Inequality – Ein internationaler Think Tank Bericht zu Gleichheit und Ungleichheit. Zürich: Avenir Suisse.
- Grünenfelder, Peter; Dümmler, Patrick und Salvi, Marco (2019): Ökonomische Fakten, bilateraler Weg und ein Plan C. Zürich: Avenir Suisse.
- Guiso L., Sapienza, P. und Zingales, L. (2015): The Value of Corporate Culture. *Journal of Financial Economics*, 117 (60), p. 60–76.
- Handelszeitung (2015): Betriebliche Kinderbetreuung zahlt sich aus. Von: Janssen, Annika. 18.03.2015. <https://www.handelszeitung.ch/management/betriebliche-kinderbetreuung-zahlt-sich-aus-756301>. Zugriff: 02.03.2020.
- Handelszeitung (2018): Was Schweizer Firmen für Frauen tun. Von: Loos, Melanie. 07.03.2018. <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/was-schweizer-firmen-fur-frauen-tun>. Zugriff: 12.03.2020.
- Henrich, Joseph (2015): *The Secret Of Our Success: How Culture Is Driving Human Evolution, Domesticating Our Species, and Making Us Smarter*. Princeton, New Jersey. Princeton University Press.
- Horwitz, Steve (2015): *Hayek's Modern Family. Classical Liberalism and the Evolution of Social Institutions*. London: Palgrave Macmillan.
- Hürlimann, Gisela; Mach, André; Rathmann-Lutz, Anja und Schaufelbuehl, Janick Marina (2016): *Lobbying. Die Vorräume der Macht – Les antichambres du pouvoir*. Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Chronos Verlag: Zürich.
- Ireland, Paddy (2010): Limited liability, shareholder rights and the problem of corporate irresponsibility. In: *Cambridge Journal of Economics*, 34 (2), p. 837–856

Johnson, Barry W. und Rose, Peter J. (2019): Federal Tax Compliance Research: Tax Gap Estimates for Tax Years 2011-2013. Washington D.C.: Internal Revenue Service.

Johannessen, N; Tørsløv, T. und Wier, L. (2019): Are less developed countries more exposed to multinational tax avoidance? Method and evidence from micro-data. The World Bank Economic Review. <https://doi.org/10.1093/wber/lhz002>. Zugriff: 09.09.2020.

Juso, Jungsozialist*innen Basel Stadt (2019): Unsere Politik. <https://bs.juso.ch/ueber-uns/wer-sind-wir/>. Zugriff: 06.03.2020.

Kitzmueller, M. und Shimshack, J. (2012): Economic perspectives on corporate social responsibility. Journal of Economic Literature, 50, p. 51–84.

Kozakiewicz, Nicolai; Brändle, Lea und Bürgi, Sabrina (2017): Alltagsstark für Wirtschaft, Arbeit, Haushalt. Soziale Folgen des Konsums. KLV Verlag; Mörschwil.

KOF, Konjunkturforschungsstelle (2019): Fünf Einsichten über die Löhne in der Schweiz. In: KOF Bulletin April 2019, Ausgabe 128.

KVI, Konzernverantwortungsinitiative (2020): Downloads: Initiativtext mit Erklärungen. <https://konzern-initiative.ch/downloads/>. Zugriff: 09.09.2020.

Lampart, Daniel; Aepli, Manuel und Tanner, Anna (2012): Unternehmen müssen Steuern zahlen. Steuergeschenke für Firmen sind volkswirtschaftlich falsch. <https://www.sgb.ch/themen/wirtschaft/detail/dossier-nr-91-unternehmen-muessen-steuern-zahlen-steuergeschenke-fuer-firmen-sind-volkswirtschaftlich-falsch>. Zugriff: 11.03.2020.

Le Monde (2020): Avec la crise due au coronavirus, la souveraineté économique ne fait plus peur au gouvernement. Von Petralugna, Cédric und Tonnelier, Audrey. https://www.lemonde.fr/politique/article/2020/05/15/avec-la-crise-du-coronavirus-le-souverainisme-economique-ne-fait-plus-peur-a-l-executif_6039730_823448.html. Zugriff: 15.05.2020.

Lutz, Georg; Mach, André und Primavesi, Riccardo (2018): Interest Group Support and Electoral Success in the Swiss Elections of 2015. A Candidate Survey Analysis. In: Swiss Political Science Review 24, Ausgabe 4.

Maihofer, Andrea; Hupka-Brunner, Sandra; Schwiter, Karin; Baumgarten, Diana und Wehner, Nina (2018): Wie beeinflussen Vorstellungen von Familie und Beruf die Berufsverläufe von jungen Männern* und Frauen*? Ergebnisse des Forschungsprojekts «Antizipierte Elternschaft und Berufstätigkeit. Zur Wechselbeziehung von Familien- und Berufsvorstellungen junger Erwachsener». ZGS Diskussions-Papier. Basel: Zentrum Gender Studies.

- Marcoux, Alexei (2016): The Power and the Limits of Milton Friedman's Arguments Against Corporate Social Responsibility. In *Wealth, Commerce, and Philosophy: Foundational Thinkers and Business Ethics*, edited by Eugene Heath and Byron Kaldis, p. 339–380. Chicago: University of Chicago Press.
- Melitz, Marc (2003): The impact of trade on intra-industry reallocations and aggregate industry productivity. In: *Econometrica* 71, Ausgabe 6.
- Müller, Valérie und Salvi, Marco (2019): Digitalisierung reduziert den Stress der Eltern nicht. <https://www.avenir-suisse.ch/die-zukunft-der-unbezahlten-arbeit/>. Zugriff: 12.03.2020.
- Müller, Jürg und Ammann, Basil (2020): Was ein 5G-Moratorium für die Schweiz bedeuten würde. Zürich: Avenir Suisse.
- Naville, Martin; Buck, Raphael; Wenger, Felix; Mischke, Jan und Klei, Alexander (2019): *Switzerland Wake Up*. Zürich: McKinsey & Company.
- Ning, Lutao und Wang, Fan (2017): Does FDI bring environmental knowledge spillovers to developing countries? The role of the local industrial structure. In: *Environmental and Resource Economics*, 71 (2), p. 381–405.
- NZZ, Neue Zürcher Zeitung (2016): Für wen lobbyiert das im Herbst 2015 neu gewählte Parlament? Eine Datenanalyse. Von: Rittmeyer, Balz und Ruh, Boas. <https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/lobbying-im-bundeshaus-interessenvertreter-von-links-bis-rechts-ld.7112>. Zugriff: 06.03.2020.
- NZZ, Neue Zürcher Zeitung (2019): Die Mühen der Schweizer Politiker mit der Marktwirtschaft. Von: Schöchli, Hansueli. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/die-muehen-der-schweizer-politiker-mit-der-marktwirtschaft-ld.1517550>. Zugriff: 06.03.2020.
- OECD, Organisation for Economic Co-Operation and Development (2016): How good is your job? Measuring and assessing Job Quality. <https://www.oecd.org/sdd/labour-stats/Job-quality-OECD.pdf>. Zugriff: 10.03.2020.
- OECD, Organisation for Economic Co-Operation and Development (2017): Legal tax liability, legal remittance responsibility and tax incidence. https://www.oecd-ilibrary.org/taxation/legal-tax-liability-legal-remittance-responsibility-and-tax-incidence_e7ced3ea-en;jsessionid=vPDjg8WhcF_AkJIE2IaFbWa.ip-10-240-5-187. Zugriff: 11.03.2020.
- Oxfam (2019): Tax Revolution? Oxfam briefing on new round of global negotiations on international tax reform. https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/tax_revolution_-_oxfam_briefing_-_7_june_2019.pdf. Zugriff: 09.09.2020.

- Parzer-Epp, Verena und Wirz, Claudia (2014): *Wegbegleiterinnen der modernen Schweiz. Frauen, die die Freiheit lebten*. Zürich: Avenir Suisse und NZZ Libro.
- Peksen, Dursun und Blanton, Robert (2016): *The impact of ILO conventions on worker rights: Are empty promises worse than no promises?* In: *The eview of International Organizations*, 10 (4). New York: Springer Science and Business Media.
- Salvi, Marco; Engler, Monika und Parzer-Epp Verena; Schellenbauer, Patrick und Wirz, Claudia (2015): *Gleichstellung – Warum der Arbeitsmarkt nicht versagt*. Avenir Suisse Debatte. Zürich. November 2015.
- SATW, Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (2018): *Innovationskraft der Schweizer Industrie 1997-2014: Neu bewertet*. <https://www.satw.ch/de/frueherkennung/innovationskraft-der-schweizer-industrie-1997-2014-neu-bewertet/>. Zugriff: 15.09.2020
- Schmutz, Felix (2016): *Measuring the Invisible: An overview of and outlook for Tax Non-Compliance estimates and measurement methods for Switzerland*. In: *Swiss Society of Economics and Statistics* 152, Ausgabe 2.
- Schneider, Friedrich (2017): *Schattenwirtschaft: Ursachen statt Bargeld bekämpfen*. <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2017/07/schneider-08-09-2017/>. Zugriff: 11.03.2020.
- Schnell, Fabian; Rühli, Lukas; Müller-Jentsch, Daniel; Rother, Natanael und Kamasa, Julian (2018): *20 Jahre Schweizer Stadtpolitik. Eine Bilanz aus liberaler Perspektive*. Zürich: Avenir Suisse.
- Sen, Amartya (1993): *Does Business Ethics Make Economic Sense?* In: *Issues in Business Ethics Quarterly*, 3 (1), p. 45–54.
- Sciarini, Pascal (2014): *Eppure si muove: The changing nature of the Swiss consensus democracy*. In: *Journal of European Public Policy* 21 (1), p. 116–132.
- SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft (2019): *Bürokratiemonitor 2018*. Luzern: SECO.
- SEM, Staatssekretariats für Migration (2018): *Verbesserung der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt*. <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/integration/berichte/va-flue/ber-arbeitsmarkt-va-flue-d.pdf>. Zugriff: 10.03.2020.
- SKBF, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (2018): *Bildungsbericht Schweiz 2018*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung.
- Slemrod, Joel (2018): *Tax Compliance and Enforcement*. NBER Working Paper, No. 24799. Cambridge: National Bureau of Economic Research.

- Stadelmann, David; Portmann, Marco und Eichenberger, Reiner (2013): Quantifying parliamentary representation of constituents' preferences with quasi-experimental data. In: *Journal of Comparative Economics* 41, Ausgabe 1.
- Stern, Susanne; Schultheiss, Andrea; Fliedner, Juliane; Iten, Rolf und Felfe, Christina (2015): Analyse der Vollkosten und der Finanzierung von Krippenplätzen in Deutschland, Frankreich und Österreich im Vergleich zur Schweiz. In: *Beiträge zur Sozialen Sicherheit, Forschungsbericht 3/15*. Bundesamt für Sozialversicherungen. Zürich und St. Gallen: Mai 2015.
- Stiftung Werbestatistik Schweiz (2020): Werbeaufwand 2020. <https://werbestatistik.ch/de/publikation/werbestatistik-2020/>. Zugriff: 22.09.2020
- Swiss Life (2019): Gender Pension Gap. Mythen, Fakten und Lösungsansätze rund um die Vorsorgelücke von Frauen. Swiss Life-Studie.
- Tagesanzeiger (2013): Die Schweiz ist ein Arbeiterparadies. <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/die-schweiz-ist-ein-arbeiterparadies/story/29907985>. Zugriff: 10.03.2020.
- Tagesanzeiger (2019): 90 Tage Papizeit: Jetzt buhlen Firmen um Väter. Von: Griesser, Patrick. 15.03.2019. <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/novartis-ist-fuer-vaeter-am-attraktivsten/story/18445262>. Zugriff: 12.03.2020.
- The Decolonial Atlas (2019): Names and Locations of the Top 100 People Killing the Planet. <https://decolonialatlas.wordpress.com/2019/04/27/names-and-locations-of-the-top-100-people-killing-the-planet/>. Zugriff: 13.03.2020.
- TI, Transparency International (2019): Lobbying in der Schweiz. Verdeckter Einfluss, heikle Verflechtungen, privilegierter Zugang. Transparency International Schweiz: Bern.
- Wecker, Regina; Studer, Brigitte und Sutter, Gaby (2001): Die «schutzbedürftige Frau» – Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebung. Zürich: Chronos Verlag.
- WEF, World Economic Forum (2019): Global Competitiveness Report 2019. Cologny/Geneva: World Economic Forum.
- Weltbank (2012): The Real Cost of Fossil Fuel Subsidies. <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2012/05/09/real-costs-fossil-fuel-subsidies>. Zugriff: 24.09.2020
- Weltbank (2020): Doing Business 2020. Comparing Business Regulation in 190 Economies. Washington: International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank.
- Wolter, Stefan C., Mühlemann, Samuel und Schweri, Juerg (2003): Why Some Firms Train Apprentices and Many Others Do Not. In: IZA Discussion Papers, No. 916.